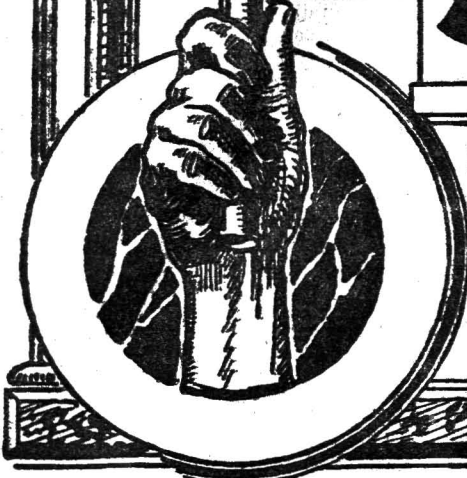


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:  
Leipzig  
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: In Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 30. September 1905.

9. Jahrgang.

#### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Brötterode und Kenjorg.** Die Kollegen stehen in Lohnbewegung.

**Karlruhe.** Bei der Firma Rupp u. Müller wurde unsere Lohnkommission gemahregelt. Jeder organisierte Steinarbeiter weidet eine solche Firma.

**Kappelrodet (Baden).** Der Streit der Granitarbeiter dauert un verändert fort. 132 italienische Kollegen sind sofort abgereist. Die Unternehmer versuchen Streifbrecher anzuwerben.

**Bügelburg (Elsaß).** Zuzug fernhalten. Der ganze Lokalvorstand soll gemahregelt werden.

**Naumburg (Saale).** Platz Wilhelm ist gesperrt.

**Roskod.** Bei der Firma Lüders traten die Schleifer in einen Abwehrstreik. Die Steinmessen wurden infolgedessen ausgeperrt.

#### An alle Verbandsmitglieder!

Kollegen, bezahlt die Wochenbeiträge pünktlich. Restanten und Beizelten an ihre Verbandsmitglieder zu erinnern. Desgleichen ist Kontrolle zu üben, ob jedes Mitglied seine zwei Zeitungsmarken sowie seine Delegiertenmarken geliebt hat. Wer bei der Delegiertenwahl zum Verbandstage wählen will, muß diese Steuern entrichtet haben.

Beim jetzigen Quartalsabschluss haben die Kassierer für eine pünktliche Ausfüllung der hierzu verfaßten Formulare Sorge zu tragen.

Um eventuellen Unregelmäßigkeiten in der Kassensführung bezüglichen vorzubeugen, haben die Revisoren die unbedingte Verpflichtung, bei den Kassierern unangemeldet zu revidieren. Vorgekommene Unregelmäßigkeiten sind der Versammlung zu unterbreiten. Die Kassensführung muß in jeder Filiale eine peinliche sein.

Im weiteren sei darauf verwiesen, daß für die Ausfüllung der kleinen Statistikkarten mehr Fleiß als bisher zu verwenden ist. Es ist auch da notwendig, daß die Filialverwaltungen öftere Kontrollen vornehmen.

Die Verbandsmitglieder sind des weiteren verpflichtet, die örtlichen Versammlungen auch immer vollzählig zu besuchen. Die Übertragenen Posten im Verbands, welche Ehrenämter sind, sind mit größter Gewissenhaftigkeit auszuführen. Die Ablehnung solcher Ämter soll nur erfolgen, wenn äußerst wichtige Gründe vorliegen.

Um ein einheitliches Vorgehen bei den verschiedensten Vorständen der Filialen zu wahren, ist es notwendig, daß die Mitglieder der Filialvorstände öfters zu Beratungen zusammenzutreten. Alle wichtigen Fragen hat zuvor die Filialverwaltung eingehend zu prüfen, um den Mitgliedern in den Versammlungen positive Vorschläge unterbreiten zu können.

#### Jena.

Mit großer Spannung wurde den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagés, abgehalten zu Jena, entgegengesehen. Bürgerliche Preßsajaken verkündeten schon seit Wochen, Jena wird ein zweites Dresden. Nach dem Parteitag verkündet dieselbe Preßmeute, der Parteitag hätte enttäuscht, er sei sogar langweilig gewesen. Ja, diese Schmäher sind wirklich nicht auf ihre Kosten gekommen. Desto freudiger kann das deutsche Proletariat auf die Tagung in Jena zurückblicken. In Dresden kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, wir sagen aber, Bebel hat sich ein großes Verdienst erworben, daß dort ausgesprochen wurde, was im Interesse der sozialdemokratischen Partei notwendig war. Mögen in Dresden manch harte Worte gefallen sein, die Partei hat keinen Schaden gelitten, auch wenn zarbesaitete Redakteure von Parteizeitungen sogar herausdestillierten, ein solcher Kampf sei Selbstzerfleischung. Nur wenige sind es, die diese Anschauung teilen. Die Masse der Parteigenossen dagegen ist anderer Meinung.

Dem Jenaer Parteitag wurde durch den Kölner Gewerkschaftskongreß von vornherein schon ein eigenartiges Gepräge aufgedrückt. Hatte doch der Kölner Kongreß vor etlichen Wochen Stellung genommen zur Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks. Einer endgültigen Entscheidung über die Maifeier ging man in Köln aus dem Wege. Wir halten diesen Standpunkt nicht für richtig, offenbar haben aber die Genossen um Schmidt, Bringmann und Reimpeters und dem nationalsozial angehauchten Herrn Döblin, daß es nicht angängig

sei, mit einemmal die Maifeier zu strangulieren, weil die Masse der organisierten Arbeiterschaft darüber anders denkt. Deshalb in Köln der Zurückzieher, eine Kraftprobe sollte vermieden werden. Ueber den politischen Massenstreik dagegen wurde in Köln eine höchst unklare Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen, welche selbst auch die Propagierung dieses Themas innerhalb der Gewerkschaften verbietet.

Doch in Jena kam es anders. Ehe wir uns diesen Fragen zuwenden, noch etliche Worte über die verarbeitete Tagesordnung im allgemeinen. Freudig muß konstatiert werden, daß die Finanzen der sozialdemokratischen Partei in erfreulichem Steigen begriffen sind. Die Preßunternehmen florieren, die Einkünfte durch die Beiträge gingen in die Höhe, ein Beweis, daß dem Kapitel Organisation und Agitation genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das neue Organisationsstatut wird die Partei künftig noch schlagfertiger, als es bisher schon der Fall war, machen. Wir hätten gewiß an diesem Organisationsstatut noch verschiedenes auszusetzen, aber eine Zentralisierung und Schablonisierung, die sofort allen Wünschen Rechnung trägt, ist einfach unmöglich. Die in Jena beschlossene Organisationsform wird sich sicherlich äußerst günstig bewähren. Eins sei hier betont. Die süddeutschen Delegierten hatten an diesem Entwurf natürlich die meisten Einwendungen zu machen. Wir haben das Empfinden, daß die süddeutschen Gewerkschaftler sowie auch die süddeutschen Genossen von einer straffen Zentralorganisation überhaupt nicht viel wissen wollen.

In den letzten Monaten war viel davon die Rede, der Diteratenstreik innerhalb der Sozialdemokratie müßte aufhören, in Jena sollten etliche Sündenböcke hingebracht werden. Besonders das Organ des Genossen Bernstein, die Breslauer Volkswacht, wollte, daß Genosse Dr. Franz Mehring, der bekannte Chefredakteur der so viel gelästeren Leipziger Volkszeitung, des guten Tones halber, das heißt in Wahrheit wegen seiner prinzipiell wissenschaftlichen Anschauung über das Wesen des Sozialismus, der Gesamtpartei geopfert werden müßte. Auch Kautsky, der Redakteur der Neuen Zeit, sollte nicht ungeschoren bleiben. Der Abgeordnete Diez erklärte in Jena, im Auftrage der Fraktionskommission, daß sachliche und namentlich prinzipielle Meinungsverschiedenheiten den Streit entfacht hätten. Mit dem Gerede vom Diteratengegänk war es also wieder nichts. Es blieb der sentimental veranlagten revisionistischen Richtung, die überhaupt jegliche Bedeutung verloren hat, als einziges Argument das, gegen den guten Ton sei verstoßen worden. Wag sein, daß nicht jeder gefallene Ausdruck zu billigen ist, daß manchmal, natürlich auf beiden Seiten, um eine Oktave zu tief gegriffen wurde! Die Aussprache in Jena hat hoffentlich das ihrige dazu beigetragen, daß in Zukunft der gute Ton auch immer gewahrt werden möge. Soweit wir uns ein Urteil bilden können, gewinnt es den Anschein, als sei der angeblich grobe Ton bei einigen Parteiblättern nur ein Vorwand gewesen, um prinzipielle Auseinandersetzungen, wie solche zum Beispiel in der Leipziger Volkszeitung gepflogen wurden, aus dem Wege zu gehen. Wir wollen es unterlassen, und zwar aus begrifflichen Gründen, einige dieser Blätter namhaft zu machen.

Wir deuteten schon eingangs an, daß auch in Jena die Frage der Maifeier zur Beratung stand. Referent hierzu war der Abg. Richard Fischer-Berlin. Die Differenzen zwischen einem Teil der Gewerkschaftler und der politischen Partei sind bekannt. Wir müssen gestehen, daß Fischer mit einer Objektivität diese Frage behandelte, die darauf schließen läßt, daß auch die Partei das ernsthafte Bestreben zeigt, mit aller Gründlichkeit diese Frage zu diskutieren, und so geschah es auch. Innerhalb der Partei aber wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, in Zukunft dahin zu trachten, die Maifeier noch demonstrativer als es bisher der Fall war, zu gestalten. Fischer polemisierte gegen H. Schmidt, und wir setzen die diesbezüglichen Stellen zum leichteren Verständnis hierher:

Was aber Robert Schmidt vorschlägt, ist geradezu ein Abspringen von der bisher erreichten Kampfeslinie, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. (Sehr richtig!) — Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gemauerten Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt (Sehr richtig!), da die Maifeier gerade immer demonstrativer wird, da die Arbeitsruhe an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeitsruhe geringer geworden ist von Jahr zu Jahr — selbstverständlich

immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befinden — angefaßt aller dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampfeslust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zusammenzuschließen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Sie müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu verteidigen, ihre Angriffslust, ihre Angriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Gegner nur eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurückzudrängen. (Lebhafte Zustimmung.) Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagbeschlüssen über die Maifeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eignen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. (Sehr richtig!) Schließlich ist doch die Maifeier auch ein Stück sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis, das die Gewerkschaften ablegen (Lebhafte Zustimmung), womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekunden (Sehr richtig!), daß sie mit uns, so verschieden auch die Aufgaben und der Weg sein mögen, als letztes Ziel nur das eine kennen: die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, der Zusammenbruch des Lohnsystems, die Uebernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Bravo!)

Das Mitglied der Generalkommission, Robert Schmidt, suchte diese Ausführungen allerdings abzuschwächen. Die vom Referenten Fischer vorgelegte Resolution wurde aber trotzdem angenommen. Wir veröffentlichen dieselbe an anderer Stelle unseres Blattes.

Diejenigen, welche die Maifeier abwürgen wollten, haben also ein großes Fiasko erlitten.

Große Spannung erheischte das Thema: Politischer Massenstreik. Referent hierzu war Bebel. Von vornherein sei betont, daß im Referate wie auch in der Diskussion dieses Thema in Jena bedeutend gründlicher behandelt wurde, als in Köln. Bömelburg verrante sich in Köln zu stark ins Detail und legte unglücklicherweise zu viel Schwergewicht auf die anarchistischen Phantasieereien.

Bebel dagegen untersuchte in seinem glänzenden Referate die politische und wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Staats- und Gesellschaftswesens. Da die herrschende Klasse ihre Aufgabe immer mehr in der Unterdrückung und politischen Rechtlosmachung der arbeitenden Klasse erblickt, ist die Frage nur logisch: Kann sich das Proletariat auf die Dauer eine solche Zumutung gefallen lassen? An einer großen Reihe von Beispielen zeigte Bebel, wie sich die Regierungen immer mehr den reaktionären Mächten der jetzt herrschenden politischen Parteien fügten. Wahlrechtsraub folgt auf Wahlrechtsraub, die Entwicklung der Sozialpolitik sei beinahe ins Stocken geraten, wenn man von den papiernen Resolutionen des Zentrums absteht. Die Unternehmer mit ihren Aussperrungsgelüsten treten immer frecher auf, wie es zum Beispiel in Berlin momentan der Fall ist, wo Tausende von Arbeitern der Elektrizitätsindustrie aufs Pflaster geworfen werden. Es fehlt uns der Raum, auch nur einigermaßen die wichtigsten Momente des vierstündigen Bebel'schen Referats wiederzugeben. Bebel sprach sich unter gegebenen Umständen für die Anwendbarkeit des politischen Massenstreiks aus, siehe näheres aus der Resolution, die ebenfalls an anderer Stelle wiedergegeben ist. Die in Köln verursachte Unklarheit ist durch die Debatte in Jena beseitigt worden. Gewiß wird nun in der Partei- sowie in der Gewerkschaftspresse über diesen Punkt eine eingehende Diskussion entstehen. Dieses ist selbstredend notwendig.

Im übrigen haben die Verhandlungen in Jena wiederum aufs neue gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht im geringsten geneigt ist, von der Massenkampfstellung abzuweichen. Aus den Ausführungen des Genossen Bebel sind so manche Redewendungen für unsere Gewerkschaftsführer interessant und sehr beherzigenswert. Doch davon vielleicht ein andermal.

Wir sind mit dem Verlauf des Parteitags vollauf zufrieden. Die Jenaer Tagung hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie einmiger ist, als je zuvor; sie hat aber auch ge-

zeigt, daß von dem höchsten Revisionismus, wie er in Dresden noch auf der Bildfläche erschien, herzlich wenig übrig geblieben ist. Bürgerliche Blätter verkünden der Welt: Nebel mit seinen radikalen Anschauungen habe wiederum gefestigt, er sei der Diktator der Partei. Kein, die vereinigte Kampfesstellung der gesamten bürgerlichen Parteien und Arbeitgeberverbände, die herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände sind es, welche der Sozialdemokratie eine solche Marschroute vorschreiben.

Der Parteitag in Jena, der in größter Ruhe verlief und die Gegner enttäuschte, hat der Sozialdemokratie wieder neuen Kampfesmut eingeflößt. Die deutsche Arbeiterschaft, organisiert in Partei und Gewerkschaft, hat immer um die ihr zustehenden Rechte, gleichgültig, welchen Namen sie tragen, Schulter an Schulter zu kämpfen. Leider wird die Betonung des politischen Moments, selbst wo es sich um Arbeiterfragen handelt, in den Gewerkschaften vielfach zu wenig betont. Auch hier hat Jena Klärung gebracht.

Dresden mit seinen scharfen Auseinandersetzungen hat der Partei innere Klärung gebracht, die eventuell entstandenen Wunden sind längst vernarbt; Jena zeigte den Gegnern, daß die deutsche Arbeiterschaft gegebenenfalls alles daran setzt, um seine Rechte in der nachdrücklichsten Weise zu verteidigen.

Jena zeigte Einheitlichkeit in der Führung unserer zukünftigen Kämpfe, aber auch Einheit in der Partei. Wir können den Gegnern nur zurufen: Spannt den Bogen nicht zu straff; seid gewarnt vor dem Jena 1806!

## Die Kulturarbeit der Arbeiterbewegung.

Der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien, veröffentlicht eine außerordentlich lehrreiche Darstellung über die Errungenschaften der modernen Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1904.

Summarisch stellt sich das Ergebnis wie folgt. Es wurden von der Gesamtzahl der Lohnbewegungen solche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgeführt von 40 Organisationen in 1076 Orten, in 14 781 Betrieben mit 218 709 Beschäftigten. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 169 974 Arbeiter und Arbeiterinnen. In 671 Orten bestand eine Unterorganisation. Zum Abschluß eines Tarifvertrags kam es bei diesen Bewegungen in 559 Fällen. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Bewegungen beigelegt in 1476 Fällen.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48 534 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 123 252 eine Lohnerhöhung. Für 1188 dieser Beteiligten fehlte die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 1872 die Summe der erzielten Lohnerhöhung. Es erreichten nachweisbar 47 346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 192 420 Stunden pro Woche und 121 380 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von zusammen 240 118 Mk. pro Woche.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden von 20 Organisationen in 234 Orten in 362 Betrieben mit 35 678 Beschäftigten geführt. In diesen Bewegungen waren 14 232 Personen beteiligt. Zum Abschluß eines Tarifvertrags kam es bei diesen Differenzen nur in 16 Fällen. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Differenzen in 211 Fällen beigelegt.

Durch die Bewegungen wurde abgewehrt für 2583 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 3379 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 10 670 Mk. pro Woche. Diese in der Abwehr erzielten Erfolge sind mit denen durch die Angriffsbewegungen herbeigeführten zusammenzustellen, wenn der Gesamterfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1904, soweit er die Dauer der Arbeitszeit und die Lohnhöhe betrifft, völlig gewürdigt werden soll.

Insgesamt erreichten eine Arbeitszeitverkürzung oder wehrten eine Arbeitszeitverlängerung ab 49 929 Arbeiter und Arbeiterinnen von zusammen 202 197 Stunden pro Woche; Lohnerhöhung erreichten oder Lohnkürzungen wehrten ab 124 759 Arbeiter und Arbeiterinnen von insgesamt 250 788 Mk. Für weitere 1188 an den Lohnbewegungen Beteiligte, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 1872, die eine Lohnerhöhung erzielten, fehlte die nähere Angabe des Erzielten.

Genosse Legien kommt zu dem Schluß, daß insgesamt pro Woche 202 197 oder pro Jahr 10 000 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und pro Woche 250 000 Mk. oder pro Jahr 12 000 000 Mark Lohnerhöhung erkämpft sind, die die organisierten Arbeiter nichts anderem zu danken haben als ihrer eignen Opferwilligkeit und Energie. Trotzdem würden die Lohnsteigerungen mehr als aufgewogen durch die künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und der Verbrauchsartikel.

Am Schluß seiner interessanten Darstellung sagt Legien: „Die Arbeiter werden daraus erkennen müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen, daß es mit dem gewerkschaftlichen Kampf allein nicht getan ist, wenn durch ein Gesetz allein die Errungenschaften der Gewerkschaftsorganisationen eines Jahrzehnts vernichtet werden können. Die Arbeiter müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben, daß die Gesetzgebung nicht zu ihrem Schaden arbeitet.“

Und wenn wir dann noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungsmittelpreise Lohnkürzungen eintraten, so muß mit allem Nachdruck die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft daran zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Recht auf eine ausreichende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann.

Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer daran gearbeitet wird, den Ausgleich zwischen Nahrungsmittelverteuerung und Lohnhöhe herbeizuführen. Nicht geduldig in ihr Schicksal ergeben darf sich die Arbeiterschaft, sondern sie muß durch rücksichtslosen Kampf bestrebt sein, die Lasten, die ihr durch eine unsinnige Wirtschaftspolitik auferlegt werden, abzuschütteln. Die Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die Arbeiterschaft in diese Zwangslage gebracht haben. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse zu dem Bewußtsein kommen, daß

Dulden und Darben nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre Widerstandskraft völlig zu brechen.“

Das sind goldene Worte. Möchten sie sich jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin tief ins Herz graben und allen, die bisher indifferent und gleichgültig gegen die Arbeiterbewegung waren, eine dringliche Mahnung sein, den Organisationen beizutreten und pflichtgetreu in Reich und Glied mit zu marschieren. Auf, in die Organisationen!

## Die gereizten Hirsche.

Schon oft ist darauf hingewiesen worden, wie verderblich die Spaltung in der Arbeiterschaft in verschiedenen Organisationen ist. Wie oft ist schon der Erfolg bei Lohnbewegungen, Streiks und so weiter bereitet worden, weil statt einer einheitlich organisierten Arbeiterschaft dem Unternehmertum verschiedene Vereinigungen der Arbeiter gegenüber standen, die in friedlichen Zeiten unabhängig voneinander ihren Weg gehen und nur unter dem Druck der Verhältnisse sich zu gemeinsamem Handeln vereinigen. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Noch verderblicher aber und unverantwortlich im eigenen Interesse sind die Quertreibereien einzelner Arbeiterorganisationen, besonders der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, den freien Gewerkschaften gegenüber. Von den Gewerkschaften können wir in Alt-Warthau ein ganz besonderes Lied singen.

Verschiedene Vorworte dieser Art, die noch erläutert werden sollen, veranlaßten nun die Steinarbeiter Alt-Warthaus sich entschieden gegen diese mehr als fragliche Solidarität des Gewerkschafts der Bauhandwerker hier selbst zu wenden. Dies fand auch im Versammlungsbericht in Nr. 35 des Steinarbeiters seinen Ausdruck in der Mahnung, die Vergünstigungen dieses Vereins zu meiden, da diese Organisation systematisch Streikbrecherdienste leistet und nur eine Klimbimbereinigung sei. Wir wollen ja gern glauben, daß sie über dieses Zeugnis nicht sonderlich erfreut waren, denn auch die Hirsche glauben Arbeiterorganisationen zu sein. Aber daß sie darüber so aus dem Häuschen geraten und ein derartiges Mutgeheul anstimmen, wie in Nr. 18 des Bauhandwerkers, ist doch ergötzlich. Es ist da zu lesen:

„Vor einiger Zeit war es soweit, daß sich beide Vereine die Hand reichten, jetzt ist aber ein Gewerkschafter den Steinarbeitern ein Dorn im Auge, weil ihnen ihr Vorhaben, den Gewerkschaften auszuweichen, nicht gelungen ist und auch niemals gelingen wird. Die noblen Herren erlassen nun überall Kundgebungen und Berichte, um die Gewerkschafter zu mißhandeln, so stand z. B. ein Artikel in Nr. 35 des Steinarbeiters, in welchem unsere Mitglieder als Streikbrecher bezeichnet werden. Jedenfalls weiß der Einsender dieses Artikels nicht, was ein Streikbrecher ist, denn seit 1899 ist hier kein Streik ausgebrochen, und im 99er Streik haben unsere Mitglieder besser ausgehalten, wie die des Steinarbeitervereins, aus dem einfachen Grunde, weil bei uns an jedem Jahrtage Unterstützung ausgehändigt wurde, jedoch der im Zentralverband organisierte Steinarbeiter mußte erst einen Eid ablegen, ob er vielleicht zu Hause irgend eine Hand gerührt habe, hatte er es getan, so wurde ihm gleich ein halber oder ganzer Tag abgezogen. Weiter sagt der Bericht, daß unser Verein nur zum Klimbim da sei und jeder Kollege sollte die Vergünstigungen meiden. Uns liegt wahrhaftig nichts am Besuche solcher Radaubröder, die bei jedem Vergnügen Streit anfangen, so daß ihnen die Tür gewiesen werden muß. Betreffs des Klimbims sei ihnen gesagt, daß wir genau wissen, warum wir unsere Beiträge zahlen, jene Herren aber mögen doch bedenken, daß sie ihre 50 Pfg. pro Woche so gut wie hinauswerfen, da sie durch die gegenwärtige Uneinigkeit immer mehr Schwärze ziehen, es wäre besser, sie verwendeten das Geld zu einem Beschlage, oder, wie es von denselben gesagt wird, zum Klimbim. Sehen wir uns eine Steinarbeiterversammlung an, wo wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, da wäre es richtiger, der Einrufer meldete eine Radauberfammlung an, da ein richtig denkender Mensch überhaupt nicht zum Worte kommt, meistens sind es junge Leute, die von einer wirtschaftlichen Lage überhaupt nichts kennen, aber mit ihrem Mundwort jeden überhöhen. Beleidigen wir uns weiter ihre Kollegialität im politischen Verein, so muß man sagen, es ist traurig, wenn solche zielbewußten Kollegen einander verlassen, so sei z. B. ein Fall erwähnt, wo ein Herr zu einem Geschäftsmann, der sozialdemokratischer Parteiführer ist, kommt und gebietet ihm, seine Ware doch bloß denjenigen zu verkaufen, welche politisch organisiert sind, aber der Geschäftsmann erwidert ihm, daß er dann nicht bestehen könne, weil ihm jene Leute doch nicht sehr nahe kämen, nun wird der betreffende Herr radikal und sagt: „Das ist ganz gleich und wenn Deine ganze Existenz zugrunde geht.“ Ein netter Kollege. Es könnte noch manches erwähnt werden, jedoch soll einstweilen damit abgebrochen werden, wir aber wollen durch Einigkeit und Werbung neuer Mitglieder die gegenseitige Geschäftigkeit der Steinarbeiter immer mehr abschwächen.“

Man sieht, die Männer der Harmonie können auch sehr unharmonische Saiten aufziehen. Dem Unternehmertum gegenüber beileibe nicht, das könnte Anstoß erregen. Aber gegen die bösen Zentralverbände und das macht auch einen guten Eindruck nach oben. Ich vermute stark, daß der Dreifachart Pücker bei der Abfassung behilflich gewesen ist. Die liebenswürdigen Schmeichelnamen weisen darauf hin. Etwas Rühigeres bekommt man wohl selten zu lesen und noch dazu in einem „Arbeiter“blatte. Wir haben leider den Braven den Gefallen nicht getan und uns geärgert. Die Schimpfanonade rief nur allgemeine Heiterkeit hervor. Blicher Eifer schadet nur. Die ehrbaren Einsender sind so kurzschichtig und nehmen an, daß die Auslassungen des Steinarbeiters sich nur auf den hiesigen Gewerkschaften beziehen. Vergessen dabei aber vollständig, daß die Streikbrecheraktion der Gewerkschaften eine systematische, vom Generatrat geleitete ist. Alle Fälle dieser Art hier aufzuzählen, ist unmöglich. Wir behalten uns aber für die Zukunft vor, dies ausführlich zu tun und erinnern nur an Brieg, wo im Gewerkschafts Streikbrecher gesucht wurden, Wilhelmshafen und Hamburg, wo die Arbeitswilligenvereine vom Generalrat aufgenommen wurden, an die Fälle in Darmstadt, Bromberg, Liegnitz, Schweidnitz usw.; die Krone setzt allen die gewalttätige Unterdrückung des Streiks in Weiskens auf. Die Fälle können beliebig vermehrt werden. Dies nur zum Beweise, daß es sich um einzelne Erscheinungen handelt, darin liegt System. Leider müssen wir es uns aus Raumangel versagen, diese Fälle einzeln zu erklären, und wollen den Schmähartikel selbst betrachten. Es ist vor allen Dingen nötig, das Verhältnis des Gewerkschafts zum Verband der Steinarbeiter zu erläutern.

Bisher begehrte der Gewerkschaft nur so dahin. Im vergangenen Frühjahr besannen sich die Herren auf einmal, daß sie auch eine Arbeiterorganisation sein wollen und stellten sich ein, als die Brecher die Tarifbewegung bereits beinahe beendet hatten. Es muß festgestellt werden, daß der Gewerkschaft noch niemals ergriffen hat in die wirtschaftlichen Kämpfe der Steinarbeiter. Nachdem sich die Hirsche Anschluß verschafft hatten, wollten sie nun auch weitere Eroberungen machen. Das nächstliegende war, die gegenseitige Unterstützung bei Weerdigungen zwischen Gewerkschaftern und den organisierten Brechern unsers Verbandes. Die Weerdigungen der Brecher des Verbandes hatten immer eine starke Beteiligung aufzuweisen. Während der Gewerkschaft mit seiner handvoll Leute nicht viel Staat machen konnte. Um seine Weerdigungen auch so imposant zu machen wie bei uns war es das eifrigste Bestreben des Gewerkschafts, die Vereinigung bei Weerdigungen herbeizuführen, das also, gleichgültig ob der Verstorbenen Verbandesmitglied oder Gewerkschafter war, alle Steinarbeiter sich hieran beteiligen. Interessant ist aus den damaligen Verhandlungen, daß einer der Hauptlinge des Gewerkschafts sich zu der Drohung verließ: „Wenn Ihr nicht mitmacht, ist das der Nagel zu Eurem Sarge.“ Schon damals sollte von seiten der Brecher entschieden gegen diese, von einer grenzenlosen Ueberpanntheit zeugenden Anmaßung Front gemacht werden. Es

leuchtet aber zur Genüge ein, daß ein aufrichtiges Hand in Hand gehen niemals Absicht des Gewerkschafts gewesen ist, sondern alles nur Spiegelfechterei, um Mitglieder zu fangen. Weiter wurde vereinbart, daß bei einem Uebertritt von einer Organisation in die andere die Aufnahme nur erfolgen darf, wenn der Uebertretende keine restierenden Beiträge hinterläßt. (Persönlich kann man über die Zulässigkeit dieses Beschlusses anderer Meinung sein, soll aber in diesen Zeilen nicht erörtert werden.) Daß eine solche Abmachung sich nötig machte, beweist deutlich, was Geistes Kinder die Gewerkschafter sind. Sie baumeln fortgesetzt hin und her. Einmal im Verband, einmal im Gewerkschaft, einmal ganz schwarz und so wieder von vorne mit Graue weiter. Ich könnte eine ganze Anzahl namhaft machen. Diese gemeinsamen Beschlüsse, die alle ausschließlich zugunsten des Gewerkschafts wirken mußten, beweisen schlagend, daß von seiten des Verbandes eine Bekämpfung des Gewerkschafts nicht stattgefunden hat, ersterer vielmehr ein Entgegenkommen gezeigt hat, das mehr als gut war.

Bekanntlich kommt mit dem Essen der Appetit. Auch beim Gewerkschaft. Da hatten sich die Herren einen schlaunen Plan erkoren, der es ihnen ermöglichte, den Verband ganz gehörig zu schröpfen. Die Brecher haben eine örtliche Krankenzuschußkasse, die jedem erkrankten Kollegen von der 16. bis zur 29. Woche 4.50 Mk. wöchentlich Unterstützung zahlte. Insgesamt also 62 Mk. sowie ein Sterbegeld von 20 Mk. Die Mittel hierzu werden durch Sammelkassen aufgebracht, die je nach Bedarf ausgelegt werden. Es zahlt pro Mann 30 Pfg. Reicht die aufgebrauchte Summe nicht, so wird der Fehlbetrag aus der örtlichen Kasse zugelegt. Die Schlaumeier wollen sich nun an den Sammelkassen beteiligen, das heißt, sie wollen ab und zu einmal 30 Pfg. abladen und sich in den Genuss der 62 Mk. oder auch des Sterbegeldes von 20 Mk. setzen, aus Mitteln des Zentralverbandes der Steinarbeiter, der von ihnen als ganz zwecklose Organisation hingestellt wird. Ein genialer Gedanke. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß dies Anfinnen von den Verbandsbrechern mit Heiterkeit zurückgewiesen wurde. Diese fehlgeschlagene Spekulation erbitterte die Gewerkschafter so, daß sie die auf ihren eignen Vorschlag getroffene Vereinbarung, betreffend Nichtaufnahme mit Beiträgen rückständiger Mitglieder, brachen. Dieser Vorbruch überzeugte uns, daß ein gemeinsames Arbeiten mit dem Gewerkschaft nicht möglich ist. Wir gingen von der Voraussetzung aus, daß der Warthauer Gewerkschaft eine löbliche Ausnahme unter den andern Gewerkschaften macht; aber er hat uns selbst belehrt, daß er aus demselben Stoff ist, wie die andern Vereine und Organisationen, die nur zu dem Zwecke gegründet wurden, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Und getreu nach diesem Grundsatz handeln Führer und Mitglieder. Auf die rein persönlichen Flegelien, die uns als Radaubröder usw. hinstellen, wollen wir verzichten einzugehen. Es kann aber beraten werden, daß in den Steinarbeiterversammlungen, in denen über die schweren Verhältnisse in den hiesigen Brüchen und auf den Werplätzen, oder über sonstige wichtige Berufsfragen beraten wurde, die Kollegen sich recht an diesen Debatten beteiligen. Und dies ist ein Zeichen, daß unsere Kollegen mit Eifer ihre Interessen zu wahren wissen. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Besser ist dies allerdings, wie die Kirchhofsruhe in den Gewerkschaftsversammlungen, niemals hört man Debatten über die wirtschaftliche Lage, höchstens einmal über Fahnenweißen und derartige Sachen, der Kampf nach links ist die Hauptsache. Das wir beim 99er Streik nicht den Leuten noch Unterstützung ausbezahlt hatten, welche andre Beschäftigung hatten, ist doch selbstverständlich, natürlich gab es unverschämte Kollegen, welche von uns Unterstützung und vom Gewerkschaft auch Unterstützung bezogen und nebenbei noch Erntearbeiten verrichteten. Es rühmten sich verschiedene, daß sie noch nie so gute Ersparnisse gemacht haben, wie beim Streik. Diese Leute hätten am liebsten zwei Hände erhoben für Fortführung des Streiks. Es ist das Ideal dieser Leute, die Organisation als meltdende Kuh zu betrachten. Der vermurrtliche Einsender des Artikels hat allerdings keine Unterstützung erhalten, denn er hat während des Streiks gearbeitet und ist jetzt Vorstandsmitglied des hiesigen Gewerkschafts. Der Vorwissen hat den nicht beneidenswerten Ruhm aufzuweisen, am 1. Mai gearbeitet zu haben. Alle Steinarbeiter feierten, auch die Gewerkschafter, nur dieser einzige, welcher als Vorsitzender mit gutem Beispiel vorangehen sollte, hatte Sonderinteressen.

Wenn so etwas am grünen Holz geschieht, wie mag es da am dünnen sein. Die wahre Absicht des Artikels, Geschäftigkeit und Streit zu schüren, erhellt daraus, auch der Partei ein auszuweichen. Warum wird der Vorgang nicht Wahrheitsgetreu geschildert? Ein übereifriger Kollege verlangte von unserm Kolporteur, er solle an Streikbrecher keine Zeitungen und Broschüren verkaufen, was dieser aber natürlich ablehnen mußte. Dieser Fall trug sich vor sechs Jahren in Bunzlau zu, nicht in Warthau. Alles mögliche und unmögliche muß herhalten, um unsern Zentralverband anzuschwärzen. Hätten die Gewerkschafter das wirtschaftliche Verständnis, weisen sie sich rühmen, so könnten sie nicht einem Verein angehören, der infolge seiner Richtung nie die Möglichkeit bietet, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern in den meisten Fällen ein Hemmnis für die moderne Arbeiterbewegung war. Würden sie sich die Bildung wo anders herholen als aus dem Kreisblättchen oder Bauhandwerker, wo solcher Quatsch wie das Alphabet des Handwerkers steht, so müßten sie alle zu einer andern Ueberzeugung kommen. Das erwähnte Alphabet gehört in ein Bilderbuch für die allerfeinsten Kinder; würde unser Kolporteur den Humberg bringen, ich glaube er könnte sein Bündel schürren. Der Mann muß doch mindestens seinen Beruf verfehlt haben. Um ihre Geldentat auch genügend bekannt zu machen, schlugen sie den Artikel öffentlich an, zum Gaudium der Firma.

O, Ihr Helden, schon zum Gespött der Unternehmer seid Ihr gemorden!

Durch das Anschlagen des erwähnten räuberischen Artikels wollten die Herren vom Gewerkschaft sich jedenfalls bei den Unternehmern als liebe Kinder vorstellen, welche die Meister im Kampf gegen die freien Gewerkschaften unterstützen wollen.

Unsere Pflicht wird es nun sein, die Gewerkschafter sachlich zu überzeugen zu suchen, daß die Verbesserung unserer Lage nur von den Zentralverbänden zu erwarten ist. Ganz besonders geht an unsere organisierten Brecher die Mahnung, eifrig für den Verband zu agitieren und sich nicht durch derartiges Getöse beirren zu lassen.

Alt-Warthau.

Braun.

## An die Steinarbeiter-Brecher sowie Einzelzahler.

Etwaige Adressenänderungen sind uns unverzüglich mitzutellen, damit die Adressen für die Streikblätter neu gedruckt werden können. Im Interesse einer prompten Expedition ist es unbedingt notwendig, daß die Änderungen sofort gemeldet werden. Die Expedition ersucht, nur stabil bleibende Adressen einzuzenden; nichts ist störender, als der häufige Wechsel der Adressaten.

## Korrespondenzen.

Berlin II. Am 22. September fand im Englischen Garten eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Lohnkommission ihren Bericht gab. Kollege Zucht führte an, daß bis jetzt 14 Firmen den Tarif unterschrieben hätten. Bei 2 von diesen Firmen mußte die Unterschrift erst durch Arbeitseinstellung erzwungen werden. Bei der Firma Horn hoben sämtliche Kollegen ebenfalls die Arbeit niedergelegt, weil dieser Herr es nicht für nötig hielt, den Tarif zu unterschreiben. Es ist aber noch Hoffnung vorhanden, daß die Unterschrift doch noch zustande kommt. Die Kollegen werden ja soweit wie möglich andeutend untergebracht, und die paar, die dann noch übrig bleiben, müßten eben von uns

unterstützt werden. Herr C. Zache in Weiskirchen verteidigte rühmend die Unterschrift, trotzdem derselbe teilweise schon höhere Löhne bezahle, als wir verlangen. Es scheint bei diesem Herrn so ein gewisser Hochmut zu sein, daß er mit unsrer Kommission nichts zu tun haben will. Na, es liegt ja auch nur an den Leuten, die bei ihm arbeiten; solange diese nicht zur Einsicht kommen, ist hier überhaupt nichts zu machen. Ebenfalls verteidigte die Unterschrift Herr Rud. Jinn, Tempelhofer Ufer 15. Ja, dieser hochmütige Herr hatte sogar der Kommission den Platz verweigert, nachdem diese die dort beschäftigten Kollegen auf die am Abend stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht hatte. Dann ist die Firma Wedig, die auch nicht unterschrieb. Hier wäre es wie Kollege Junz meinte, wirklich angebracht, daß sich die Gewerbeinspektion diese Schmutzprobe einmal näher ansieht, denn die sanitären Verhältnisse liegen hier vieles zu wünschen übrig. In mehreren Werkstätten sei entweder der Chef nicht zu treffen gewesen, oder aber die Unterschrift wurde einfach verweigert. Außerdem hatte ein jeder, so die Firma Stanke, welche meinte, wir sollten mal erst die Schmutzkonkurrenz beseitigen helfen, dann würde sie sich auch nicht weigern, zu unterschreiben. Es bleiben nun noch fünf Firmen übrig, bei welchen versucht werden muß, die Unterschrift zu erlangen. Eine sehr lebhaft debattierte Entschlußfrage über die Frage: Wie stellen wir uns zu den Firmen, die den Tarif nicht unterschreiben? Die meisten Redner waren der Ansicht, daß wir nicht so ohne weiteres darüber hinweggehen könnten, sondern daß versucht werden müsse, die Unterschrift zu erlangen, wenn nicht anders, so durch Arbeits-einstellung. Der Kostenpunkt dürfe hierbei nicht in Frage kommen. Nachdem noch einige Redner dagegen gesprochen, stellt Kollege Voigt den Antrag: „In Werkstätten, wo alle Kollegen einig sind, und die Kommission hofft, etwas zu erringen, ist ein Streik zu inszenieren, und müssen die Kollegen, soweit sie nicht anderweitig untergebracht werden können, von uns unterstützt werden.“ Dieser Antrag gelangte gegen 2 Stimmen zur Annahme. Um die Interessen unsrer Lohnbewegung zu bedenken, wurde beschlossen, daß jedes Mitglied, sowie die Kollegen von Filiale I, welche auf Marmorarbeiten verpflichtet sind, 1 Mark Extratruwe zu bezahlen hat. Betreffs der neuen Tarifausgabe wurde beschlossen, daß jeder organisierte Kollege einen Tarif erhält; dieses wird im Verbandsbuch vermerkt. Jeder weitere Tarif ist mit 20 Pfg. zu bezahlen. Unorganisierte haben 20 Pfg. dafür zu bezahlen. Hierauf wurde der Antrag gestellt, den Kollegen Schapke wegen unsolidarischen Benehmens aus dem Verbandsausguss zu schließen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Bremen I.** Am 13. September tagte im Behrmannschen Lokal hier selbst unsere monatliche Mitgliederversammlung, zu welcher sich leider nur die Hälfte der hier beschäftigten Kollegen eingefunden hatte. Infolge Abreise unseres leitenden Schriftführers machte sich eine Neuwahl notwendig. Bei dieser Gelegenheit trat eine Erscheinung zutage, die für eine Filiale wenig rühmlich ist. Es scheint auch bei uns der Gebante Platz greifen zu wollen, daß man seine Pflicht als organisierter Steinmetz voll und ganz erfüllt durch regelmäßiges Entrichten der Beiträge, im übrigen sich jedoch wenig um das Wohl und Wehe seiner Gewerkschaft kümmert. Daß es in einer Filiale wie Bremen I noch kaum möglich ist, einen Schriftführer wählen zu können; ist wohl kaum glaublich. Trotzdem wir hier viele beschäftigte Kollegen haben, die einem Vorstandsposten vorstehen können, scheuen dieselben die kleinste Mühe und Aufopferung, die sie ihrem Verbandsamt widmen könnten und mühten. Die ganze Last der örtlichen Verwaltung und sonstige Aemter im Gewerkschafts-kartell liegt deshalb auf den Schultern einiger älterer bewährter Kollegen, was zur Folge hat, daß etliche mit Arbeit geradezu überhäuft sind. Daß solche Zustände nicht gerade förderlich für eine Zahlstelle sind, leuchtet wohl jedem klar Denkenden ein. Schließlich konnte doch noch Kollege H. Beck zum Schriftführer gewählt werden. Der nächste Punkt der Tagesordnung zeigte daselbe traurige Bild. Da bisher die Agitation unter den Arbeiterinnen nur seitens derjenigen Gewerkschaften betrieben wurde, welche solche als Mitglieder aufzuweisen hatten, beantragte das Kartell, wegen Unzulänglichkeit der Agitation auch die andern Gewerkschaften heranzuziehen. Wir hatten demzufolge zwei Mann zu entsenden. Es konnte jedoch nur einer gewählt werden, weil alle andern Vorgeschlagenen das wichtige Amt einfach ablehnten. Durch Vorstandsbeschluss wurden den ausgesperrten Münchener Kollegen 30 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt, was auch von der Versammlung gutgeheißen wurde. Ferner wurde das Verhalten der Kollegen bei der Firma Fredmann einer berechtigten Kritik unterzogen, da dieselben für ihre ausgesperrten Berufscollegen auf der Sammelliste, welche seitens der Zahlstelle zirkulierte, nicht — einen Pfennig aufgebracht haben. Nach Erledigung einiger weniger wichtigen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Bunzlau.** Am 20. September fand im Lokale zur Hoffnung die übliche Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende gab bekannt, daß von der Tarifkommission ein Schreiben an das Feidlerische Geschäft in Bunzlau eingereicht worden sei, wegen der schrägen Flächen. Vor circa 12 Wochen wurden bei Feidler Deckel gemacht, welche ein vierseitiges Gefälle hatten, der Polier bezahlte dieselben bloß auf zwei Seiten gemessen. Die Kommission erhielt damals den Bescheid, daß die Sache geregelt werden soll, aber bis heute hatte es noch keine Eile bei den Herren. Weiter wurde beschlossen, die Sammelliste für die Münchener Kollegen nicht mehr zirkulieren zu lassen, da verschiedene kranke Kollegen ein Gesuch eingereicht haben um Unterstützung. Der Vorsitzende gab auch noch bekannt, daß das Lokal Gasthof zum Stern (früher Steinmetzherberge) uns nicht mehr zur Verfügung steht. Der jetzige Besitzer dieses Lokals hat sämtlichen Gewerkschaften sein Lokal für Versammlungen entzogen, er hat den Arbeitern Bunzlau den Stuhl vor die Türe gesetzt. Die Steinmetzen werden also den Herrn Gasthofbesitzer im Stern nicht mehr belästigen.

**Faulbach.** Am 17. September tagte im Gasthause zum Engel eine Mitgliederversammlung, zu der auch sämtliche Indifferente eingeladen waren. Kollege Wittenmaier hielt ein Referat über den Steinarbeiterberuf und seine Gefahren; aber bedauerlich ist es, daß uns dieser schöne und rührende, fast zweistündige Vortrag des Referenten nicht mehr Früchte getragen hat, denn es waren, trotz der Mühe des Verbandes, die sämtliche unorganisierte Kollegen persönlich eingeladen hat, nur die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, mehrere Kollegen von Stadtprozelten und Jochenbach und nur zu wenige unorganisierte Kollegen des hiesigen Orts, um die es uns doch am meisten zu tun war, erschienen. Auch ein Kollege aus dem Holzarbeiterverband, Genosse Gapp von Reistenhausen, sprach in überzeugender Weise, wie notwendig es sei, der Organisation beizutreten.

**Gosmannsdorf.** Im Gasthause zum Hof fand am 18. September eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt, bei welcher Gauleiter Wittenmaier aus Würzburg anwesend war; der Gauleiter setzte den Kollegen gründlich auseinander, welchen Zweck und Nutzen die Organisation eigentlich hat. Kollege Wittenmaier nahm das Schlusswort und ermahnte nochmals die Kollegen, recht fest und treu der Organisation beizutreten. Wir haben hier in dieser kurzen Zeit sehr schöne Fortschritte zu verzeichnen. Wer dachte jemals daran, daß gerade hier innerhalb so kurzer Zeit die Kollegen dem Verbande beizutreten würden. Für uns heißt die Lösung: vorwärts!

**Halberstadt.** Am 13. September fand im Gewerkschaftshaus die übliche Monatsversammlung statt. Punkt 1: Wahl eines Schriftführers, mußte bis zum Schluss zurückgestellt werden, weil die Kollegen sehr unpünktlich erschienen. Punkt 2: Aufnahme neuer Mitglieder. Vier Kollegen meldeten sich zur Aufnahme, darunter zwei Kollegen, die dem Verbande schon angehört hatten. Es wurde beschlossen, beide wieder aufzunehmen. Dieselben sind laut Statut verpflichtet, 8 Wochen nachzuzahlen, welchem Beschlusse sich auch die beiden Kollegen fügten. Zwei Rei-

legen traten neu ein. Unter Punkt Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, dem Kassierer 20 Mark aus der Lokalkasse zu bewilligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auch wurde beantragt, für die Münchener Kollegen nochmals eine Sammelliste auszulegen, welchem auch stattgegeben wurde. Zum Schluss der gut besuchten Versammlung wurde Kollege Kersten als Schriftführer gewählt.

**Heigenbrücken.** Am 17. September fand im Gasthause zur frischen Quelle eine Versammlung der Steinarbeiter statt, zu der sämtliche Kollegen erschienen waren. Unser Gauleiter Wittenmaier aus Würzburg sprach über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Lebhafter Beifall wurde seinen Ausführungen gesendet. Dann wurde die Vorstandswahl der neuergewählten Zahlstelle von Heigenbrücken vorgenommen. Der Verband hat sich hier bis auf 52 Mann erhöht; es sind bloß noch 10 Kollegen unorganisiert, aber auch die werden hoffentlich bald zur Einsicht kommen. Es sind bei der Diskussion viele Mißstände aufgedeckt worden. Auch wird hier Sorge getragen werden müssen, daß im nächsten Jahre mehr Ordnung in den hiesigen Steinbrüchen zur Geltung kommt.

**Kaiserslautern.** Am 19. September hielt die hiesige Zahlstelle eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung in der Restauration zur Löwenburg ab, in der Kollege Arnold aus Mannheim über die Verbesserung unsrer wirtschaftlichen Lage referierte. Derselbe führte u. a. an, wie die Unternehmer von Baden, Hessen und der Pfalz alles in Bewegung setzen, um einen festen Arbeitereverbund zu bilden und dem deutschen Steinmetzweibhand beizutreten. Kollege Arnold schilderte sodann die Lebensmittelpreise, hauptsächlich die Fleischnot, und kam auf verschiedene Worte hoher Persönlichkeiten zu sprechen. Kollege Kettenbaum kritisierte die Gleichgültigkeit und den schlechten Versammlungsbesuch der Kollegen sowie die Interesselosigkeit an der Beteiligung der statistischen Lohnarten. Kollege Probst schilderte den Arbeiterberuf und die Tätigkeit der Arbeiterchutzkommission; ferner erklärte derselbe, daß in der letzten Mitgliederversammlung der Steinmetz und Restaurateur Anton Mayer von der Zahlstelle ausgeschlossen wurde. Nachdem der Vorsitzende den Versammlungsbesuch der Steinbrecher geschildert hatte, erklärte derselbe, daß sich der Steinbauer J. Lambrecht von den Christlichen zu uns überschreiben lassen will. Kollege Probst erklärte das Verhalten dieses Herrn während des Streiks, und daß dieser schon zweimal bei uns war, und stellte es den Anwesenden anheim, ob wir Streikbrecher aufnehmen. Bei der Abstimmung wurde auf ein solches Mitglied einstimmig verzichtet. Der Vorsitzende schloß die Versammlung um 10 Uhr.

**Kassel.** Am 22. September fand hier eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Vorsitzender Schaub macht dem Schriftführer Leber den Vorwurf über seine Nachlässigkeit; es seien keine Berichte in den Steinarbeiter gekommen, solange er Schriftführer war. Des weiteren wurde auf die mangelhafte Einhaltung der Bundesratsbestimmungen hingewiesen. Kollege Kleebauer stellt den Antrag, daß zu den Versammlungen jedes Mitglied sein Buch mitzubringen hat, wofür ein Stempel anzuschaffen ist mit der Aufschrift: Versammlung besucht. Kollege Hausmann beantragt, in der nächsten Versammlung sei ein Referat zu halten, an Referenten mangle es nicht.

**Leipzig.** Am 19. September fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Betreffs Einbringung der fertigen Arbeit am Orte wies der Vertrauensmann darauf hin, daß sich die Innung beim letzten Streik schriftlich verpflichtet habe, die Arbeit, die hierorts verwendet wird, auch hier am Orte herstellen zu lassen, sobald keine auswärtige Konkurrenz stattfindet. Dieses war eine Forderung beim Streit, an welcher wir besonders festhielten. Und es ist kaum ein halbes Jahr verfloßen, so haben sich schon zwei von den Herren Innungsmeistern gefunden, welche sich einfach nicht scheuten, ihr Ehrenwort zu brechen, indem sie, obwohl eine große Anzahl hiesiger Kollegen zurzeit schon wieder arbeitslos sind, und da auch keine auswärtige Konkurrenz stattgefunden hat, die Arbeit fertig aus den Brücken kommen lassen. Unser Vertrauensmann wurde beauftragt, den Beschwerdebeweg einzuleiten, was auch sofort getan wurde. Der Herr Obermeister hatte eine Innungsbesprechung einberufen, mußte aber leider am folgenden Tage mitteilen, daß die betreffenden zwei Herren in der Sitzung durch Abwesenheit gegläntzt hatten und deshalb nichts getan werden konnte! Hierüber kam es zu einer äußerst lebhaften Debatte. Es wurde schließlich der Beschluß gefaßt, eine Kommission von drei Mann zu wählen, welche in dieser Angelegenheit bei der betreffenden Baubehörde vorstellig werden soll. Genehmigt wurden Kollege Geßner, Geßmann und Schönefeld. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab ein Defizit von 43.85 Mark.

**Söbzin.** Am 10. September tagte hier im Schwarzen Adler eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Schulz Leipzig über Wert und Nutzen der Organisation. Er führte aus, das Bürgerturn habe früher ebenfalls viele wirtschaftliche und auch blutige Kämpfe zur Erringung seiner Selbstständigkeit führen müssen. Heute sei daselbe Bürgerturn reaktionär. Die Waffen der modernen Arbeiterorganisation seien: Wahrheit, Gerechtigkeit und Aufklärung. Die Erfolge seien allerdings noch ungenügend, das liege aber zum großen Teil an der ungenügenden Organisationsarbeit. Auch die unorganisierten Arbeiter hätten Vorteil von den besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie würden sich bedeutend schlechter fühlen, wenn es keine Organisation gäbe. Gehe auch ein Teil der Streiks verloren, so kämen doch bei den meisten Lohnbewegungen Vorteile heraus. Fleischwucher, Grund- und Bodenwucher trieben die Lebensmittelpreise immer höher. Ein größerer Verdienst würde höheren Konsum zur Folge haben. Jeder Mensch, der den Wert der Organisation erkannt habe, sei verpflichtet, derselben beizutreten. Ferdinand Lassalle sei es gewesen, der vor 40 Jahren es unternommen habe, die Arbeiter zu organisieren. Wäre der Erfolg anfangs klein gewesen, so sei heute aus diesen Anfängen eine gewaltige Macht geworden. Das beste Mittel der Aufklärung sei die Arbeiter- und Fachpresse. Auch Lokale zu Versammlungen seien unbedingt notwendig. Jeder rechtsdenkende Mensch müsse sich diesen Bestrebungen anschließen. Jeder Familienvater könne dadurch für ein besseres Dasein seiner Kinder beitragen. Ohne Millionäre könne die Menschheit bestehen, aber ohne Arbeiter nicht. Möge darum jeder Arbeiter in unsere Reihen eintreten und mögen sie gute Kämpfer für unsere Sache werden. (Lebhafter Beifall.)

**Löwenberg-Plagwitz.** Am 19. September fand im Köslerschen Lokale zu Plagwitz unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Verlesen des letzten Versammlungsprotokolls; Einwendungen wurden nicht erhoben. 2. Wahl eines Vorsitzenden; es wurde Kollege Mertin gewählt. 3. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. Für Löwenberg wurde Kollege Kreuzer gewählt, für Plagwitz fungiert Kollege Sauermann. Letzterer teilte dem Vorstand mit, daß von jedem Mitglied vierteljährlich 10 Pfg. erhoben und vorher einbezahlt werden. Damit waren auch die Kollegen einverstanden. Auch findet jeden Sonntag nach dem 15. Sitzung statt, und zwar im Köslerschen Lokale zu Plagwitz. 4. Bericht von der Klavierkonzertveranstaltung. Darüber wurde stark diskutiert. 5. Verschiedenes. Ein am 19. Juli gefaßter Versammlungsbeschlusse wurde aufgehoben, aber gleichzeitig folgender Antrag gestellt: „Herr Altman kann einstellen, muß sich aber genau nach der Bundesratsverordnung richten. Ist kein Rohmaterial vorhanden, so wird die Arbeitszeit verkürzt, und zwar bis auf fünf Stunden.“ Dieser Antrag wurde angenommen. Da sich die hiesigen Brecher organisiert haben, wurde der Nachwärtige Tarif verlangt und bewilligt.

**München.** Folgende Kollegen wurden wegen Streikbruchs ausgeschlossen: Kölbl, Wilh., geb. am 18. Juni 1878 zu Regensburg, Buch Nr. 20223; Kölbl, Franz, geb. am 8. Dezember 1882

zu Stadt am Hof, Buch Nr. 20223; Kölbl, Wolfgang, geb. am 19. Oktober 1885 zu Regensburg, Buch Nr. 20224; Kölbl, Joseph, geb. am 20. September 1880 zu Regensburg, Buch Nr. 20230; Danner, Simon, geb. am 29. Oktober 1875 zu Gstaing, Buch Nr. 20206; Kopp, Peter, geb. am 2. Dezember 1879 zu Langenweid, Buch Nr. 19582; Serfl, Johann, geb. am 3. September 1874 zu München, Buch Nr. 19527; Schaller, Joseph, geb. am 9. November 1877 zu München, Buch Nr. 20192; Köhler, Friedrich, geb. am 19. März 1881 zu Rosenheim, Buch Nr. 19690. Die letzteren fünf Mann waren während des gewaltigen Kampfes zugereist, die ersteren fielen uns aus unsern Reihen selbst in den Rücken. Die Ortsverwaltung München.

**Münster (Westfalen).** Am 17. September fand in hiesiger Zahlstelle eine Versammlung statt. Betreffs der Mißstände in Hiltrup hat der Gewerbeinspektor uns ein Schreiben zugehen lassen, daß er die nötigen Schritte zur Beseitigung der Mißstände in die Wege geleitet hat. Bis jetzt sieht man, daß nur die Aborte repariert werden. Im weiteren wurde die Sache so geregelt, daß die Bauarbeiter-Schutzkommission die Sache in die Hand nimmt, da es noch auf verschiedene Klagen betreffs Bundesratsverordnung hapert. Das Regulative der Bauarbeiter-Schutzkommission wurde verlesen und einstimmig für gut befunden. Es wurde noch den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Arbeiterpresse, die Helesfelder Volkswacht, zu abonnieren, was jeder Kollege aus freien Stücken machen mußte.

Am 2. September legten die Kollegen auf Platz Schneider die Arbeit nieder. Die Streitigkeit kam hauptsächlich wegen Abzug der halben Stunde für Vubenrecht, die sonst immer bezahlt wurde. Der Streikpunkt erledigte sich in zwei Stunden zugunsten der Kollegen. Leider hat es ein junger Mann nicht mit uns gehalten. Derselbe will dort den Polier spielen. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß bei der Geschäftsleitung der Ausschluß dieses Kollegen aus dem Zentralverbande beantragt wird. Für die Münchener Kollegen zirkulierte eine Liste, worauf 13.75 Mk. gezeichnet wurden. Die Hiltruper sammeln nächste Woche.

**Miesbach.** Am 17. September fand in hiesigen Gasthose eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Gauleiter Kollege Jahn-Dresden war als Referent erschienen. In leicht faßlicher Weise legte er den Kollegen klar, wie sich früher das Unternehmertum gebildet hat, wie dadurch Ausbeuter und Ausgebeutete entstanden sind und daß wir mit aller Energie diesem ungerechten Massenunterschied entgegenzutreten müssen. Ferner kritisierte er die niedrigen Löhne (25—28 Pfg. pro Stunde) und ermahnte die Kollegen, fest zu agitieren, bis auch der letzte Mann dem Verbandsamt angehört. Das Referat fand lebhaften Beifall. Die Diskussion war eine lebhaft. Es wurden die verschiedenen Mißstände in den hiesigen Steinbruchbetrieben geschildert, die Schmähereien seitens der Frauen wegen Aufhebung der Frauenarbeit wurden erwähnt. Anwesend waren auch Steinbruchmeister, die sich aber, vielleicht aus Furcht vor gehöriger Auseinandersetzung, in keine Debatte einließen.

**Potsdam.** Am 10. September fand in der Zentralherberge Kaiser-Wilhelm-Straße 38 eine Generalversammlung der Steinarbeiter statt. Die Unternehmer hatten uns im Frühjahr eine Lohnzulage von 5 Pfg. pro Stunde bewilligt. Ein von uns ausgegebener Affordtarif wurde jedoch von den Unternehmern nicht unterzeichnet. Jetzt, nachdem fast 4 Monate vergangen sind, kommen dieselben und verlangen von uns die Unterzeichnung des Tarifs, der allerdings in verschiedenen Punkten abgeändert ist, bis zum 12. September. Die Kollegen sprachen sich sehr scharf gegen diese Zumutung der Unternehmer aus und beschlossen in geheimer Abstimmung einstimmig, die Nichtunterzeichnung des Tarifs. Diesen Beschluß hat der Vorsitzende den Meistern mitzuteilen.

Am Montag, den 18. September, fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt, in welcher der Vorsitzende bekannt gibt, daß dem Kollegen Raumann von seinem Arbeitgeber gekündigt worden sei, trotzdem kein Mangel an Arbeit wäre. Es liegt klar auf der Hand, daß dies der erste Trick der Unternehmer ist wegen der Weigerung unsererseits, den Tarif zu unterzeichnen. Die Kollegen beurteilen das Vorgehen des betreffenden Herrn Meisters und waren der Meinung, daß über diesen Fall nicht so leicht hinweggegangen werden dürfe, da sich sonst bald noch mehrere Unternehmer finden würden, die diesen oder jenen ihnen mißliebigen gemordeten Gesellen aufs Pflaster setzten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, dem in Frage kommenden Unternehmer mitzuteilen, daß wir die Kündigung des Kollegen Raumann als eine Maßregelung in oben angeführtem Sinne ansehen, und ihn ersuchen, diese Kündigung zurückzuziehen. Kollege Raumann erörterte noch den Fall des Kollegen Schäfer. Derselbe erhielt vor drei Wochen bei der Firma Hier ebenfalls Feierabend, trotzdem Arbeit genügend vorhanden war. Er forderte die Kollegen auf, energisch Front gegen solches Abwimmeln von Mißliebigen zu machen. Danach wurde der Antrag, das den Münchener Kollegen überhandte Geld durch Sammellisten wieder aufzubringen, angenommen und einem kranken Kollegen als einseitige Unterstützung 5 Mk. bewilligt. Ein Antrag des Kollegen Schäfer, den Gauleiter, Kollegen Walther, zur nächsten Versammlung einzuladen, wurde angenommen. Der Kollege Rathey wurde vom 1. Oktober ab als Steinarbeiterverbreiter gewählt.

**Regensburg.** Die auf den 16. September einberufene Steinarbeiterversammlung im Restaurant Wittelsbach war sehr gut besucht und es wurde auch wieder eine Zahlstelle gegründet. 17 Kollegen ließen sich aufnehmen. Folgende Kollegen wurden gewählt: Vorsitzender: Wolfgang Ritzinger, Weiße Bräuhausgasse G. 84; Kassierer: August Färstermeier, Obere Bachgasse; Schriftführer: August Bräu, Am Rämbling; Revisoren: Franz Meier und Andreas Gump. Die Wahl nahmen auch sämtliche Kollegen an. Die Versammlung besuchte auch Gewerkschaftsvorsitzender Burgau, welcher den Kollegen die jetzige schlechte wirtschaftliche Lage vor Augen führte; auch munterte er die Kollegen zur festen Einigkeit in der Zahlstelle auf.

Offentlich bleiben die Kollegen von nun an unsrer Sache treu. Es ist eine Schande vor den Kollegen ganz Deutschlands, wenn hier schon das dritte Mal die Zahlstelle gegründet werden mußte. Noch traurigere Verhältnisse als die Regensburgs findet man in ganz Deutschland nicht.

Es ist unabwiesbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagnachmittag in unsern Händen sind.

### Quittung

über eingegangene Gelder für die ausgesperrten Kollegen in München vom 17. bis 23. September 1905: Fehrenbach a. M., 3. Rate, 5.—, Glemnitz, 1. Rate, 20.—, Blantenburg, 2. Rate, 6.50, Bremen I, 2. Rate, 13.50, Bunzlau, 2. Rate, 47.—, Altona, 1. Rate, 20.—, Berlin II, 1. Rate, 42.—, Augsburg, 6. Rate, 12.40, Posen, 1. Rate, 6.—, Schwarzenbach, 1. Rate, 30.—, Eberfeld, 1. Rate, 15.—, Affenburger, 1. Rate, 10.—, Kehlheim, 4. Rate, 10.45, Kiefersfelden, 4. Rate, 50.30.

Job. Gast, I. Vorsitzender, Bandstraße 4/0.

### Rundschau

Lapillus, der wahrhaftige, schweigt sich auf unsre Nichttätigkeit im Deutschen Steinbildhauer noch immer aus. Wir können es ja begreifen, daß es höchst unliebsam

ist, auf freier Lat beim Kolportieren von Unwahrheiten erpapt zu werden. Soffentlich gewöhnt sich Bapillus für die Zukunft etwas mehr Wahrheitsliebe an. Ist dies der Fall, dann hat unsre ihm zuteil gemordene Absolution genügend genügt.

In der Zusammensetzung der Generalkommission der Gewerkschaften tritt eine wesentliche Änderung ein. Der Korrespondenzabteilung wählte nach einer Mitteilung des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission den Genossen H. Silberjchmidt, bisher Gauleiter des Zentralverbandes der Maurer, und für den Posten eines zweiten Redakteurs und Expedienten den Genossen W. Janzon, bisher Angestellter des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins. Außerdem wurde für das Bureau der Generalkommission die Genossin Jda Altmann gewonnen, deren Tätigkeit besonders in der Förderung der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen bestehen soll. Fräulein Altmann tritt gleichzeitig als Uebersetzerin in das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ein. Die drei Genannten werden ihre Ämter am 1. Oktober dieses Jahres antreten.

100 Mark für jeden einzelnen Fall erhält jeder, der den Beweis liefert, daß ein katholischer Geistlicher an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung gestanden. Also sprach der christliche Wahrheitsheld und von Ingolstadt's Gnaden Landtagsabgeordneter Oswald in dem am 30. Juli tagenden Distriktsversammlung der Steinarbeiter des Maintales. Da es nun dem Gauleiter Wittenmaier, der durch eingeschriebenen Brief eingeladen war, trotz Zusicherung voller Redefreiheit nicht möglich war, obigen Beweis zu liefern, versuchte er es an dieser Stelle zu tun, um der gehaltenen Zunge dieses Herrn für die Zukunft die Gelegenheit zu nehmen, solche Unwahrheiten ferner auszusprechen. Im Mai 1902 stellten in Bühlertal bei Baden-Baden die im christlichen Holzarbeiterverband organisierten Sägearbeiter eine Forderung an ihre Arbeitgeber von 1.80 Mk. (bisher 1.40 Mk.) Mindestlohn pro Tag und eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden (bisher 14 Stunden). Der christliche Holzarbeiterverband suchte durch Vermittlung des Bürgermeisters und Gewerbeinspektors dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, worauf jedoch ein Sägereibesitzer zur Antwort gab, sich lieber zu erschießen, bevor er sich nachfragen lasse, andern Sinnes zu werden, als die heilige Schrift lehrt: „Im Schweize deines Angefichts sollst du dein Brot essen.“ Die Unterhandlungen scheiterten und ca. 100 Sägearbeiter legten die Arbeit nieder. Ein Führer dieses Streiks war der an der Spitze der Sägearbeiter-Organisation stehende Kaplan der dortigen Pfarrei. Dieser an der Spitze der Organisation stehende Kaplan wurde nun bis aufs äußerste verfolgt, man legte Beschwerde über seine Tätigkeit beim Prälaten Dr. Lender, ja sogar beim Erzbischof ein, um den Kaplan zu verjagen und seine Gewerkschaftstätigkeit zu unterjagen. Der Badische Landmann, ein klerikales Blatt von Ettlingen, schrieb darüber: „Es zeigt dieser Fall, wie bedenklich es ist, wenn ein Geistlicher öffentlich und aktiv an der Spitze einer solchen Gewerkschaft steht und dadurch gezwungen ist, in einem Interessens-Widerstreit direkt Partei zu ergreifen und die Gegenpartei zu bekämpfen. Wenn im vorliegenden Falle die Beschwerden bei den vorgesetzten kirchlichen Behörden auch erfolglos blieben, so folgt daraus keineswegs die Gewißheit, daß das immer so sein wird; es kann sehr leicht eintreten, daß einem geistlichen Streikleiter mitten im Kampfe einmal die weitere Beteiligung von seiner Oberbehörde unterjagt wird. Damit wäre die Sache der Streikenden von vornherein zu Dreiviertel verloren. In allen solchen Fällen wird aber der Geistliche, der doch Seelsorger für die ganze Gemeinde ist, sich das für seine seelsorgliche Tätigkeit so notwendige Vertrauen bei den beteiligten Arbeitgebern verschmerzen und so seine eigentliche berufliche Tätigkeit erschweren und ihren Erfolg vermindern.“ In Offenburg in Baden fand am 8. Juni dieses Jahres der Delegiertentag des katholischen Arbeitervereins-Verbandes der Diözese Freiburg statt, in der beschlossen wurde, mit allen Mitteln zu arbeiten, die Arbeiter den freien Gewerkschaften zu entreißen. Herr Pfarrer Künzel sprach sich u. a. aus: „Er habe die zeitgemäße Ansicht, die Arbeiter der ausgedehnten Sand- und Kalksteinindustrie in der Umgebung als christliche Gewerkschaft zu organisieren.“ Nun, wer will noch länger leugnen, daß in jedem Kirchdorf ein Agitator der christlichen Gewerkschaft sitzt, die aktive Dienste dort leisten und im zwanzigsten Jahrhundert nachholen wollen, was im 19. Jahrhundert verbummelt wurde, die nichts besseres zu tun wissen, als Arbeiter, welche sich auf gefestigtem Boden ihre verkümmerten Rechte zurückerobert wollen, zu verdächtigen und in den Kot zu ziehen? Solange sich aber die christlichen Agitatoren und Effekthascher keiner christlichen Kampfmittel bedienen, werden sie auch das gewünschte Ziel nicht erreichen, denn die organisierten Arbeiter schweben nicht in der Luft, wie ein Landtagsmandat!

Meistersöhne als Streikbrecher will der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Holzindustriellen in Düsseldorf antworten. Dort dauert die Aussperrung der Holzarbeiter bereits über zwei Monate. Alle Verhandlungen sind an dem Prozedurum der Unternehmer gescheitert. Es ist den Unternehmern bisher nicht gelungen, genügend Arbeitswillige heranzuziehen. Nun sind die Söhne der Kranten der letzte Rettungsanker. Ob sie sich zu dieser erbärmlichen Rolle hergeben?

Christliche Gewerkschafts-Verräterei. Folgendes Schandzirkular wurde dieser Tage an sämtliche Arbeitgeber von Halle a. S. durch die „christliche Gewerkschaft für alle Berufe“ verjagt: „Hiermit den hochloblichen Arbeitgebern zu Halle a. S. und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir hier eine christliche Gewerkschaft für alle Berufe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und Verhinderung von Streiks errichtet haben. Um dieses zu erreichen, haben wir gleichzeitig einen Arbeitsnachweis für alle Berufe Gabelsbergerstraße 4, eine Treppe, errichtet und erlauben uns, die Herren Arbeitgeber zu bitten, uns Vorschläge zu machen, auf welche Art und Weise ein friedliches Zusammenarbeiten möglich ist, zweitens unsern Arbeitsnachweis recht zu benutzen; zur etwaigen persönlichen Auskunft sind wir gern bereit.“ Diese Schamlosigkeit paßt sehr wohl zu den übrigen, die wir schon von den „christlichen“ Gewerkschaften bereits gewöhnt sind.

Der Scharfmacher Rahardt. Der bekannte Berliner Scharfmacher Rahardt hielt am 5. September in Frankfurt a. M. in der Generalversammlung der Mittelstands-Vereinigung wieder eine mächtige Brandrede. Die Arbeitswilligen sind dem Herrn Rahardt zu wenig geschätzt. Rahardt ließ seinen Redestrom fließen und äußerte hierzu: „Was die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen anlangt, so muß gesagt werden, daß die sogenannte Koalitionsfreiheit zur Koalitionsfreiheit ausgeartet ist. (Beifall.) Wer Arbeiter beschäftigt, der wird den Terrorismus der Streikführer kennen! — Wir wollen aber nicht nur den Arbeitgeber in der Ausübung seines Gewerbes schützen, sondern auch diejenigen Leute, die mit uns arbeiten möchten, aber es nicht dürfen, weil sie von den Arbeiterführern daran gehindert werden (lebhafter Zustimmung), und zwar gewaltsam gehindert werden. (Lebhafter Beifall.) Die Bestimmungen der Gewerbeordnung reichen nicht aus. Sie treten nur in Kraft, wenn der Arbeiterführer bei der gewaltsamen Verhinderung anderer an der Arbeit erwischt wird. Wir haben sogar die höchste Stelle unserer Justiz angerufen, aber immer war der Entscheid, daß das Streikposten stehen und die öffentliche Verhängung einer Sperre nach den gegenwärtigen Bestimmungen erlaubt ist. (Hört! hört!) Wir fordern deshalb eine ganz bedeutende Verschärfung der gegenwärtigen Bestimmungen, und zwar im Interesse unserer gesamten Industrie, des Handwerks und aller Leute, die Arbeiter beschäftigen. (Beifall.) Die Folgen dieser Humanitätsduselei könnten wir auch am eigenen Leibe erfahren, wenn uns die Arbeitskräfte so knapp werden, daß wir allen Forderungen der Arbeiter nachgeben müssen. (Lebhafte Zustimmung.)“

Die Aeußerungen zeigen, daß die Arbeiterorganisationen stark geworden sind, besonders Rahardt hat diese Stärke durch den Holzarbeiterverband schon öfters zu spüren bekommen. Daß die Bäume der Arbeitgeberorganisationen nicht in den Himmel wachsen, dafür sorgt die Arbeiterkraft. Rahardt und Genossen lauzten eben nach Ausnahme-gesetzen.

Christliche Toleranz. Im Orte Benzenbach bei Regensburg wurde eine Zirkale des Maurerverbandes gegründet. Kürzlich fand nun eine Versammlung statt. Auch der Herr Pfarrer hatte seine Anwesenheit zur Versammlung mitteilen lassen, aber gesehen hat ihn niemand, dafür hat sich aber dieser Seelsorger dem Vertrauensmann der Maurer gegenüber, dessen Mutter schwer krank ist, in echt pfäfflicher Weise ausgelassen, die wohl dem Stand der Geistlichen keine Ehre machen dürfte. Diesen Maurer sprach der Herr Pfarrer auf der Straße mit den Worten an: „So, du bist auch dabei? Wenn deine Mutter den Segen braucht, dann kannst du auch den Merkel von Nürnberg holen.“ Wollte man derartigen Auslassungen eines Geistlichen viele Worte widmen, so würde man ihre Wirkung in sich gut religiösen Gegenden nur abschwächen. Also katholisch sein, heißt untermwürdig sein gegenüber den Geistlichen. Die Zeiten sind vorbei, wo diese Herren auf Kadavergehörig ihrer Pfarrangehörigen rechnen konnten. Ein solches Vorgehen der Geistlichkeit bringt uns wahrhaftig keinen Schaden.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich vor kurzem in dem Steinbruch des Herrn Melchior Seubert in Holzkirchen (Unterfranken). Wie fast in allen Steinbrüchen dieses Gebietes üblich, wurde auch hier, trotz der besonderen Vorschriften der Steinbruch-Berufsgenossenschaft, welche nach § 4 ein Aufbewahren von Sprengmitteln in Unterfunktsräumen und Werkstätten der Arbeiter verbieten, das vorräthige Pulver in der Werkzeugschmiede aufbewahrt. Während der Schmied ahnungslos an seinem Feuer stand, explodierte dieser Pulvervorrat, wodurch der Schmied, ein braver Familienvater, schreckliche Brandwunden erlitt, so daß ihm die Haut am halben Körper in Fetzen am Leibe hing. Es ist dies der zweite schwere Unglücksfall, der sich in diesem Steinbruche dieses Jahr ereignete. Die Arbeiter sind zurzeit noch unorganisiert und stehen den traurigen Zuständen, die dort noch herrschen, machtlos gegenüber. Die Herren Arbeitgeber dieses Eldorado's, gestützt auf die Ueberproduktion an fleißigen Menschenhänden, umgehen wegen ein paar Mark Ausgaben die Unfall-Verhütungsvorschriften und harren ruhig der drei oder fünf Mark Geldstrafe, die sie erhalten, wenn dabei ein Menschenleben zerstückt und eine Familie unglücklich gemacht wurde. Ist der Verunglückte noch nicht ganz tot, so wird genau ermogen, mit wieviel Prozent die Rente zu berechnen ist, welche man nach zwei Jahren wieder entzieht, wenn sich der Verunglückte an sein Gebrechen gewöhnt hat. Ist der Verunglückte tot, so hat ihn Gott zu sich gerufen, der Ortsgeistliche versammelt seine Schäflein, um ihnen mit eindringlichen Worten klar zu machen, daß man jede Stunde auf seinen Tod bereit sein muß und nur christlich sterben kann, wenn man christlich gelebt hat.

Uder. Ein ungetreuer Kassierer verhaftet. Der Steinmeß Albert Große wurde hier verhaftet. Bekanntlich hatte derselbe in Weismar (Eichsfeld) Verbandsgelder unterschlagen.

### Submissionsblüten.

Ueber eine Submissionsblüte aus dem Reichslande lesen wir im Bildhauer: Eine engere Submission für die Gipser- und Antragarbeiten des Amtsgerichtsneubaus in Kolmar im Elsaß unter drei Firmen hatte folgendes Resultat: Füglistler-Karlsruhe 61000 Mk., Volk-Sträßburg 52000 Mk., Lauermann-Deimold 37000 Mk. Die Firma Volk in Sträßburg hatte für Gehilfenpreise allein 20000 Mk. angejagt. Die Bauverwaltung hatte nichts eiligeres zu tun, als dem Billigsten den Zuschlag zu erteilen. Natürlich soll auch hier wieder das ungeheure Unterangebot aus dem Arbeiter herausgepreßt werden.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Reg. Das Verbandsbuch des Steinmeßes Georg Müller, geb. am 15. Juli 1866 zu Matweiler i. El., ist verloren gegangen. Die Vertrauensleute allerorts werden daher ersucht, auf das Buch Nr. 26302 Obacht zu geben. Der Steinmeß Wilhelm Meles, geboren zu Kaiserslautern, wird ersucht, seine Adresse dem Kollegen Voortmann in Reg, Metzgerberg 29, anzugeben. Nachstehende Kollegen sind wegen Streikbruchs, begangen in Reg, aus dem Verband ausgeschlossen worden: Franz Hött, geb. den 2. Oktober 1885 zu Erier (Buch Nr. 38761); Peter Thielgers, geb. den 31. Juli 1884 zu Dreis (Buch Nr. 38762); Georg

Wildenberger, geb. den 27. September 1884 zu Neukirchen (Buch Nr. 38785); Jakob Maes, geb. den 18. April 1879 zu Herrfort (Buch Nr. 38786); Wilhelm Jakob, geb. den 12. Dezember 1876 zu Düsseldorf (Buch Nr. 38781).

Ferner wurde der Kollege Stephan Jäger, geb. zu Wahlen (Buch Nr. 35468), wegen „besonderer Verdienste um unsere Organisation“ aus dem Verbands ausgeschlossen. Sebastian Feuerbach, Vorsitzender.

### Adressen-Änderungen.

München. Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer Karl Oswald, Pariser Straße 7, I. I. ausbezahlt. Reudorf bei Sträßburg i. El. Gauleiter: Karl Stimmler, Polygonstraße 28. Reg. Vorsitzender: Andreas Unglauben, Kaiser-Wilhelm-Ring 83, part. Kassierer: Feinr. Schölich, Ballhausstraße 38, III. Leopoldthal (Elpe). Kassierer: Gehient, Steinmeß.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. September 1905. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erbschaftsmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inskripte.) Zittau, B. 2.—; Alenz, B. 184.40, E. 0.50, Ins. 1.50; Offenbach, B. 64.—, E. 1.50, D. 0.75, Z. 17.50; Heigenbrünnen, B. 19.80, E. 4.—, Z. 0.50; Rottbus, B. 4.55; Jeyer, B. 4.20; Marfissa, B. 2.50; Rempten, B. 2.50; Leipzig (Albert), B. 7.25; München, B. 320.—, E. 25.—, D. 12.50, Z. 100.—, Ins. 1.90; Sträßburg, B. 320.—; Hamburg II, B. 160.—, E. 15.—, zurückgesandte Maßregelungsunterstützung 28.18; Karlsruhe, B. 160.—; Niederlants, B. 91.44, E. 7.—, Z. 29.50; Langensalza, B. 96.21, E. 7.50, Z. 11.—; Düsseldorf, B. 96.—; Ludwigshafen I, B. 84.—, Rest 4. Qu. 1904 6.—; Plauen, B. 81.72; Oberkirch, B. 64.—, Z. 9.50; Scharfobendorf, B. 24.—, Z. 4.—; Speyer, B. 28.—; Klingenmünster, B. 7.84, E. 0.50; Beerberg, B. 2.80; Lauenberg, B. 19.60, Z. 4.50; Hamburg I, B. 128.—, E. 1.—, D. 5.75, Z. 38.—; Plogwitz-Löwenberg, B. 18.—; Hochspeier, B. 28.—, Z. 10.—; Kappelrodt, B. 64.—, E. 2.50, D. 0.25, Z. 4.50; Otterberg, B. 68.88; E. 1.—, Z. 17.50, St. 0.75, F. 0.50, Ins. 1.20; Löbejün, B. 50.96, E. 2.50, D. 0.25, Z. 4.50; Schmalfelden, B. 56.—, Z. 5.—; Ohlsdorf, Z. 6.—; Regbruch, B. 3.50; Reuffstetel, B. 4.—; Benenien, B. 4.20; Mühlhausen i. Th., B. 128.—; Elberfeld, B. 49.60, E. 5.—, Z. 25.—, Ers. 1.25; Treuen, B. 32.—, Z. 2.50; Jofen, B. 28.—; Kupferdreh, B. 4.20; Jevelsberg, B. 2.60; Ballenstedt, B. 1.60; Treuen i. B. (Pauli), B. 1.70; Berlin I, B. 211.—; Reg, B. 112.80, E. 20.—, D. 2.50, Z. 50.—; Heppenheim, Z. 60.—; Fetschenbach, B. 50.—, Ins. 3.90; Börsned, B. 1.15; Sträßburg (Kerisch), Futteral 0.10; Löbau, B. 128.—, Z. 14.—; Reifenhauten, B. 56.—; Harbheim, B. 9.40; Mannheim (Kraft), zurückgesandter Rechtschutz 9.20; Leipzig (Hein), Futteral 0.10.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Briefkasten.

Birna. Gewiß wird den böhmischen Kollegen genannte Zeitung geliefert. — Würzburg. Die Steinarbeiter legen von nun ab der Sendung an Wittenmaier bei. — Reg. Die übrigen Veröffentlichungen lehne ich ab.

### Anzeigen.

Die Beleidigung, welche ich gegen Kollegen Hamann in bezug auf seine Rassenführung ausgestoßen habe, nehme ich hiermit als unwahr zurück.

Macethal, den 18. September 1905.

1.40]

Richard Ehrlich.

## Marmordreher

der die Drehbank vollständig beherrscht und alle vorkommenden Dreharbeiten ausführen kann, findet sofort dauernde Stellung.

Gebr. Pfister, München, Colosseumstr. 1. Regl. Bayr. Hofmarmorindustrie.



Bauwerk-Schule  
Bischofswerda i. S.  
Hoch-, Stein- und Tiefbau  
Winterkurs 1905/6: 2. X. 1905.  
Programm frei.

## Todes-Anzeigen.

Am 9. September starb plötzlich unser Kollege  
**Anton Bullinger**

im Alter von 31 1/2 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre seinem Andenken!

1.—] Zahlstelle Ulm.

Am 18. September starb nach kurzem, schwerem  
Krankenlager unser Kollege

**Joseph Urbanek**

im Alter von 26 Jahren an Darmrentzündung.  
Ehre seinem Andenken!

1.10] Zahlstelle Sadiß.

Am 25. September starb unser Kollege, der  
Steinmeß

**Joseph Zick**

aus Immenstadt im Alter von 44 Jahren an der  
Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

1.30] Zahlstelle Augsburg.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Eine verfehlte Ehrenrettung des Religionsunterrichts.

Zu derselben Zeit, da selbst in theologischen Kreisen die Stimmen sich mehren, die auf nachdrücklichste und entschiedenste die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule fordern, fühlt sich die von edler Gottseligkeit tiefende Gewerkschaftsstimme in München veranlaßt, auf unseren Nr. 24 enthaltenen Artikel Religion dem Volke, in dem ebendiese Forderung aufgestellt und eingehend begründet worden ist, mit einer vier Spalten langen Schimpfkanonade zu antworten, in der die christlichen Tugenden der Nächstenliebe und Wahrhaftigkeit einen geradezu erhebenden Ausdruck finden. Der Verfasser unseres Artikels ist ein „Schreihals“ und „roher Mensch“, dem „die biblischen Erzählungen im Magen liegen“, dessen „Seuchlei ekelhaft“ ist, der ein „langes, ödes Geschimpfe“ vom Stapel gelassen hat und was dergleichen christliche Liebenswürdigkeiten mehr sind. Weit entfernt, uns von diesen Anwürfen irgendwie berührt zu fühlen, geben wir diese Proben nur wieder, um auch an diesem Beispiele zu zeigen, wie herrlich sich an dem Artikelschreiber der Gewerkschaftsstimme die Religion, als deren Verteidiger er sich berufen fühlt, in ihrer Eigenschaft als Mittel zur sittlichen Erziehung bewährt hat. Wer den Artikel der Gewerkschaftsstimme liest, merkt allerdings sehr bald, daß der Verfasser von der sachlichen Einwände willen, die er gegen unsere Ausführungen erhebt, diese Schimpfereien und persönlichen Verunglimpfungen nicht entbehren kann, denn der Sachinhalt des gegnerischen Artikels ist so dürftig und steht in seinen Argumentationen auf so schwachen Füßen, daß er ohne die Dekoration der sittlichen Entrüstung ein noch erbarmungswürdigeres Jammerbild darboteten würde, als es ohnehin schon der Fall ist.

Zunächst wendet sich die Gewerkschaftsstimme gegen unsere Behauptung, daß die Religion nur für das Volk da sei und den oberen Behtausend nur als Mittel diene, das arbeitende Proletariat im Zaume zu halten. „Daß das Christentum zwischen Hoch und Niedrig keinen Unterschied macht“, so erklärt sie, „könnte zwar der Verfasser auch wissen; wenn man teilweise in den oberen Ständen vom Christentum nichts mehr wissen will, aber die Religion beim Volke erhalten sehen möchte, so ist das allerdings eine Charakterlosigkeit, aber was kann denn da das Christentum dafür? Ist das Christentum deswegen schlecht, weil viele Reiche nichts davon wissen wollen?“ Allerdings macht das Christentum zwischen Hoch und Niedrig keinen Unterschied, aber nur das Christentum auf dem Papier, nicht in der Praxis. Wo und wann hat denn die Kirche jemals ihre Stimme gegen die Ausbeutung der Massen erhoben, wo und wann hat die Geistlichkeit wie Christus „Wehe den Reichen!“ auszurufen jemals den Mut gehabt? Bei allen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital hat sich die Geistlichkeit auf die Seite der Ausbeuter gestellt. Crimittschau ist dafür ein klassisches Beispiel, und das Bestehen der „christlichen“ Gewerkschaften beweist Tag für Tag, daß die „Diener Gottes“ sich nicht entblöden, das Christentum zu einem Mittel zu benutzen, um der Kapitalistenklasse für den Fall, daß die ausgebeuteten, jämmerlich entlohnten und behandelten Arbeitsklaven einmal sich erheben und eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse fordern, willfährige, „arbeitswillige“ Elemente zu liefern. Weichen Sinn und Zweck hat denn sonst das ewige Har-

moniepredigen in den christlichen Gewerkschaften? Man lügt den Arbeitern vor, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit möglich sei, während ein Lohnkampf nach dem andern beweist — zuletzt erst der Bergarbeiterstreit im Ruhrrevier und die Färbearbeiterbewegung in Sachsen-Thüringen, — daß eine Harmonie weder denkbar ist, noch von dem Unternehmertum angestrebt wird. Das Harmoniepredigen der Christlichen verfolgt eben lediglich den Zweck, die Arbeiter über ihre wahre Aufgabe zu täuschen, ihnen Sand in die Augen zu streuen und sie von der Ergreifung der Maßnahmen, die wirklich geeignet sind, ihre Lebenslage zu verbessern, nach Möglichkeit zurückzuhalten. Da ist der alte Graf Tolstoi, dessen christliche Gesinnung anzudeuten die Gewerkschaftsstimme wohl kaum den Mut finden wird, doch viel ehrlicher als das „christliche“ Blatt, wenn er frei und offen erklärt: „Die Regierungen und die führenden Klassen brauchen die religiöse Lüge, sie stützt ihre Macht“. Bezeichnend ist, daß der Artikelschreiber der Gewerkschaftsstimme diese Äußerung gänzlich mit Stillschweigen übergeht. Auch der bekannte Pastor Kalkhoff in Bremen gesteht in seinem Buche Schule und Kulturstaat frank und frei: „Der Religionsunterricht dient einem kirchlichen System und politischen Zwecken, aber für die Religion ist er ein Riesengrab“. Was sagt die Gewerkschaftsstimme dazu?

Daß die Religion „staatsertreu“ und eine „Stütze der Ordnung“ ist, wird in dem Artikel ohne weiteres zugegeben. Aber das fromme Arbeiterblatt hütet sich, diese Momente etwas tiefer zu erfassen. „Staatsertreu“ — schön! Aber es gibt doch verschiedene Staatsformen. Rußland z. B. weist die absolutistische, Deutschland die konstitutionelle und Frankreich die republikanische Staatsform auf. Welche von den dreien ist denn die „gottgemollte“? In allen ist die christliche Kirche vertreten, ja übt sogar mehr oder weniger großen Einfluß aus. Während sie nun in Rußland die hohe Aristokratie als Trägerin der Ordnung preist, läßt sie in Frankreich die Großbourgeoisie als staatsertreuende „Säule“ gelten. Es ist ihr ganz gleichgültig, welchen Herren sie dient; heute diesem, morgen jenem — immer aber ist der Staat der gottgemollte, der gerade existiert und der sie für ihre Tätigkeit als „Erzieherin“ der auszubehutenden Massen reichlich bezahlt. Während in französischen Kongregationschulen die republikanische Obrigkeit als die „von Gott eingesezte“ gelehrt wird, gilt in Rußland das absolute Regiment des Zaren als „von Gott verordnet“. Wer die Kirche bezahlt, dem dient sie, sie ist immer staatsertreu, immer dem Willen der jeweiligen Machthaber gefügig, besorgt jederzeit die Geschäfte der gerade Herrschenden und Gewalthabenden.

Ihre Aufgabe besteht darin, die Masse des Volkes in einer gewissen geistigen Rückständigkeit und Stumpfheit zu erhalten. An dieser Tatsache ändert alles Geschrei und Geschimpfe der Gewerkschaftsstimme nichts. Wenn das Blatt sich zum angeblichen Beweise dafür, daß die Religion mit der Wissenschaft vereinbar sei, auf die Frömmigkeit und Gottgläubigkeit einiger Gelehrten beruft, so ist dies eine zwar billige, aber sehr gebrechliche Beweisführung; wir wissen von Spinoza, Giordano Bruno, Goethe, Darwin, Karl Marx, Nietzsche u. a., die doch wohl auch nicht gerade kleine Geister waren, das Gegenteil, wenigstens steht fest, daß sie nicht im Sinne der christlichen Kirche gläubig waren. Dazu ist noch zu bemerken, daß die Kirche jahrhundertlang jeden, der sich nicht bedingungslos zu den

Grundlehren des Christentums bekannte oder auch nur in nebensächlichen Anschauungen abwich, in rücksichtslosester Weise verfolgte und „unschädlich“ machte. Zahllos sind die Opfer der Inquisition, die auf dem Scheiterhaufen endeten, weil sie keizerliche Ansichten geäußert hatten oder auch nur verdächtig waren, solche zu hegen. Wenn Kopernikus, Kepler, Newton u. a. das Schicksal Bruno's, Galilei's und anderer nicht geteilt haben, so verdanken sie dies höchstwahrscheinlich nicht ihrer wirklichen Frömmigkeit, sondern ihrer Klugheit, die sie davor zurückhielt, ihre innerste Ueberzeugung auszusprechen, um nicht dem Scheiterhaufen zum Opfer zu fallen. Heute ist als Strafe für — politische wie religiöse — Abgeknickt, wie die Fälle Konrad Schmidt in Leipzig und Leo Arons in Berlin zur Evidenz bewiesen haben. Was will es angesichts solcher Tatsachen bedeuten, wenn von Königen erklärt wird, er sei ein „gläubiger Christ“?

Genau so steht es um die Volksschullehrer. Das fromme Münchner Blatt schreibt: „Ganz besonders ärgert sich der Verfasser darüber, daß die Lehrer Religionsunterricht erteilen müssen und oft selbst nicht daran glauben. Für diese Charakterlosigkeit wird die Kirche verantwortlich gemacht. Mein wer ist da charakterlos? Die Kirche? Nein! Wir dächten, der Lehrer, welcher von Religion nichts mehr wissen will und trotzdem Mitglied der Kirche bleibt. Das ist der Heuchler. Er braucht ja nur seinen Austritt aus der Kirche zu erklären, dann wird ihm sicher der Religionsunterricht abgenommen.“ Das fromme Blatt irrt, wenn es glaubt, dem Lehrer werde, wenn er aus der Kirche austritt, nur der Religionsunterricht abgenommen. Der Lehrer fliegt vielmehr ohne weiteres auf Straßenspfaster. Nicht eine Minute mehr würde er im Schuldienst geduldet werden, wollte er sich als Atheist bekennen. Da aber der Lehrer so einseitig auf seinen Beruf vorgebildet ist, daß er außer diesem sich kaum auf eine Tätigkeit versteht, die ihn seine Existenz sichert, so ziehen es die meisten Lehrer — die dank ihrer „religiösen“ Seminarerziehung ohnehin nicht mit besonders starkem Rückgrat ausgestattet sind — vor, unter Verschweigung ihrer wahren Gesinnung im Amte zu verbleiben. Das Brot eines Lehrers ist immer noch reichlicher und weniger mühselig zu verdienen, als das eines Versicherungsagenten, Schreibers oder Kolporteurs. Für diesen unfittlichen Zustand, daß ein ganzer Berufsstand sich die Gewissensfreiheit nur durch Preisgabe seiner wirtschaftlichen Existenz erringen kann, ist nicht die Kirche verantwortlich, wie die Gewerkschaftsstimme uns unterziehen will, sondern der Staat, der am Religionsunterricht in der Schule trotz aller dieser sittlichen Bedenken noch immer festhält.

In Frankreich ist 1882 besonders mit im Hinblick auf die Gewissensfreiheit der Lehrer die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule er-

## Der Streikbruch.

Wahre Begebenheit aus Capua.

Der Winter mit all seinem Kummer und Sorgen, die er dem Proletariat bereitet, ist vorüber, und neues Leben kommt in die Natur. Auch die Arbeiter, die durch den Druck der heutigen Gesellschaftsordnung, sowie durch die Schwere des Winters fast zu Sklaven geworden sind, atmen Frühlingsluft. Die geknechtete Arbeiterschaft findet sich im Frühjahr wieder zusammen, um zu beraten, wie man in Zukunft gegenüber solchen Willkür des Glendens, wie sie sich im letzten Winter gezeigt haben, Abhilfe schaffen kann.

Noch lagert der Jörn über die während des Winters erlangene Unbill auf den Zügen aller Arbeiter, und man beschließt ernst, in eine Lohnbewegung einzutreten, um mit den Unternehmern Tarifverträge abzuschließen, und so für die Arbeiter geregelte und menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Schon mehrere Monate vorher hatte die Organisation der Arbeiter den Unternehmern einen Tarif vorgelegt und dadurch kundgegeben, wie der schwere wirtschaftliche Stand des Arbeiters etwas erträglicher gestaltet werden könnte.

Nun glaubte man, daß auch die Arbeitgeber diesem gerechten Wunsche ihrer Arbeiter etwas Gehör schenken und Verbesserungen einführen würden. Aber weit gefehlt, nicht nur keine Verbesserungen, sondern sogar noch Verschlechterungen bot man den Arbeitern an. Trotzdem verjachten die Vertreter der Arbeiter noch, die Differenzpunkte auf friedlichem Wege auszugleichen, und bahnten deshalb Unterhandlungen an. Doch auch dieses Mittel war vergebens, da die Unternehmer strifte auf ihren Positionen bestehen blieben, wodurch die Unterhandlungen scheiterten.

Die Gärung wuchs dadurch immer mehr unter den Arbeitern, was zur Folge hatte, daß man sich mit der Arbeitsniederlegung befassen mußte. Wie vor jedem Streik üblich, prüfte man auch hier die Standhaftigkeit der Kollegen, indem die Abstimmung geheim vorgenommen wurde. Unter den Versammelten befanden sich auch vier Brüder mit den Vornamen Wilhelm, Wolfgang, Franz und Joseph. Nach ihren bisherigen Geldentaten standen diese bei ihren Kollegen nicht im besten Ruf, weshalb eine geheime Abstimmung doppelt geboten erschien. — Gespannt wird das Resultat der Abstimmung entgegengekommen: gegen zwei Stimmen die Arbeitsniederlegung beschlossen. Trotzdem die Abstimmung geheim vorgenommen wurde, prangte ein Zettel mit dem Namen des einen der genannten vier Brüder (Wilhelm) mit dem dreimaligen Signum: Für Arbeitsniederlegung. Wenn nun auch Wilhelm, der anfangs als Standhaft sich hingestellt, seinen Namen auf den Zettel schrieb, so waren doch noch Kollegen vorhanden, welche an seiner Ehrlichkeit zweifelten (wie die späteren Zeilen ergeben, mit Recht). Doch glaubten wieder andre, daß er dadurch seine früher begangenen Fehler

wieder gut machen wollte, und so kam es, daß ihn jeder wieder als Freund und Kollegen ansah.

Einen Tag später rüfte auf Grund dieser Abstimmung nun die Arbeit. Arbeiter, welche Jahrzehnte in einer Werkstatt gefrondet haben, verlassen dieselbe mit der Hoffnung, in kürzerer oder längerer Zeit die Arbeit dort wieder aufzunehmen, und zwar unter menschenwürdigeren Verhältnissen als bisher.

Kurze Zeit nach der Arbeitseinstellung verhängen die vom Streik nicht betroffenen Arbeitgeber über ihre organisierten Arbeiter die Aussperrung, um so die Arbeiter gefügig zu machen. Aber auch dieses Mittel erreicht seinen Zweck nicht. Weitere Wochen vergehen, die Arbeiter sind noch immer so einig wie am ersten Tage und die Arbeitgeber müssen andre Mittel suchen, die Arbeiter uneinig zu machen.

Da auf einmal werden Leute nach auswärts gesucht. Eine Anzahl Kollegen macht sich reisefähig, unter ihnen drei der genannten Brüder. Am neuen Arbeitsort angekommen, erhalten alle Arbeit, müssen aber nach kurzer Tätigkeit erfahren, daß sie vom Regen in die Traufe gekommen sind, denn alle Anzeichen sprechen dafür, daß bei dieser Arbeitsvermittlung die Unternehmer des Aussperrungsortes ihre Hände im Spiel gehabt hatten, um Zwist unter die Ausgesperrten zu bringen. Dies geschah auch, indem die drei Brüder sich an ihren früheren Arbeitgeber im Streikort wandten und ihn ersuchten, ihnen das Reisegeld zu schicken; zugleich versprachen sie, bei ihrer Ankunft die Arbeit aufzunehmen.

Die Unternehmer sind jedoch nicht so voreilig mit Geldsendungen, was auch hier zutrifft; denn der Meister wollte sich seine Leute sichern, weshalb er den drei Herren erst einen Rebers zuschickte, worin sie durch Unterschrift ihren Austritt aus der Organisation erklären mußten, und sich dadurch als Verräter an ihrer eigenen Sache stempelten. Nicht genug, daß sie sich selbst als Menschen zweiter Klasse degradierten, versuchten sie noch, weitere Complicen zu finden, was ihnen auch gelang, indem sich noch zwei Mann, nennen wir sie Simon und Joseph, anschlossen.

Am Streikort eingetroffen, werden sie von dem Streikposten am Bahnhof empfangen, dem sie rundweg ihre gemeine Handlungsweise erzählen, was unter den Ausgesperrten allgemeine Erbitterung hervorruft, und es kostet alle Mühe, die Leute zur Besonnenheit und Ruhe zu ermahnen.

So wenig man einen Menschen auf die Bahn des Verbrechens bringen will, ebenso versucht man zu verhüten, daß ein Kollege seinen ehrlichen Namen verliert. Es wurde alles versucht, die Leute von ihrem Vorhaben abzubringen. Unter schweren finanziellen Opfern wird es endlich so weit gebracht, und die betroffenen Kollegen unterschreiben einige Zeilen, worin sie sich verpflichten, während der Dauer der Aussperrung die Arbeit nicht aufzunehmen. Aber charakterlos, wie immer, fielen sie den Kollegen etliche Stunden später wieder in den Rücken. Eine Geldent-

tat reißt sich an die andre. Wie die Diebe nur nachts ihr Handwerk verrichten können, so begibt sich das dreiblättige Kleeblatt zur Nachtzeit zum Meister, um den Rebers zu unterschreiben. Anders Tags nahmen alle drei die Arbeit auf.

Schon nach zwei Tagen scheint es in den Köpfen der dem Streikbruch Verfallenen zu dümmern, denn sie richten an die Streikleitung ein Schreiben, in dem sie wie Hunde winzeln und um Verzeihung baten. Zugleich regt sich bei ihnen wieder das Ehrgefühl und sie bitten, in die Reihen der Streikenden aufgenommen zu werden. Nochmals läßt man Gnade vor Recht ergehen und nimmt sie auf. Doch ist das Zutrauen zu solchen Elementen geschwunden, und scheu bewegen sie sich unter ihren übrigen Arbeitsgenossen.

Es vergehen wieder einige Wochen und das Geschehene wird fast vergessen, die Aussperrung hat weitere Massen von Arbeitern betroffen und es ist vorauszusehen, daß dieselbe noch mehrere Wochen andauert. Da, gerade als die Aussperrung die schärfsten Formen angenommen hat, verlassen die vier Brüder und der erstgenannte Simon aufs neue das Lager ihrer Kampfgenossen und geben sich im Zeitraum von sechs Wochen zum drittenmal als Streikbrecher her — sie unterzeichnen nochmals den Rebers der Unternehmer. Die Charakterlosigkeit kennt eben manchmal keine Grenzen.

Nun geht selbstverständlich auch dem Langmütigsten die Geduld aus und man überläßt die so vor der Menschheit Gefallenen ihrem Schicksal. Aber gut muß ihnen ihre Tat nicht bekommen sein, denn schon bei Tagesanbruch schleichen sie sich durch Hintertüren an ihre Arbeit, um so den Augen der übrigen Arbeiter zu entgehen. Auch der Frau des einen Streikbrechers, die einen großen Teil Schuld daran hatte, daß ihr Mann moralisch so tief gefallen ist, läßt ihr Gewissen keine Ruhe.

Aber zu spät ist zu spät. Nachdem der Kampf beendet, treten zur nochmaligen Beratung auch die Unternehmer wieder zusammen. Man läßt sich gegenseitig die Liebe Not über die Charakterlosigkeit der Streikbrecher. Ganz vernünftig erklärt ein Mitglied dieser Versammlung, so moralisch verkommen hätte ich mir diese Sorte Arbeitswilligen doch nicht gedacht. Daß sie die Streikenden zweimal betrogen, war für mich als Unternehmer eine Freude, daß sie mir aber dreimal den Rebers unterschrieben und zweimal wieder durchbrachen, ist eine große Niedertracht.

Auch die Unternehmer waren mit solchen Ausreizern nicht zufrieden; von uns Arbeitern sind solche Vagabunden natürlich für immer gerichtet.

Nun, der Kampf ist zu unsern Gunsten erledigt. Die Unternehmer sind geschlagen und sind erbost über den vollen Sieg der Arbeiterorganisation. Die meisten von uns kehren an ihre alte Arbeitsstätte zurück und bewegen sich frei, wie es einem Menschen gebührt, unter der Arbeiterwelt, während die andern, die feige dem Unternehmer Liebesdienste erwiesen haben, sich vor Tausenden von Arbeitern als Verräter gekennzeichnet haben. S. S.

folgt. Die Behauptung des Münchener Blattes, „eine Sittlichkeit ohne Religion gibt es überhaupt nicht“, wird durch das Beispiel Frankreichs scharf widerlegt. Dort existiert in den Volksschulen, ebenso wie in Amerika und zum Teil auch der Schweiz, ein Moralunterricht auf weltlicher Grundlage, der so glänzende Erfolge aufweist, daß z. B. die Kriminalitätsziffer der Jugendlichen in Frankreich seit ein paar Jahrzehnten fällt, während sie in Deutschland, wo man durch Religion „sittlich“ erzieht, unausgesetzt im Steigen begriffen ist.

Was die christliche Moral wert ist, zeigen ja die Zustände in unserer Gesellschaft. Das ganze Wirtschaftssystem von heute beruht auf der Ueberspannung, Ausbeutung und Vererbung des Schwachen durch den Starken; der Massenmord des Krieges wüthet noch immer und die Kirche segnet noch die Waffen und Mordwerkzeuge usw. Geistreich bemerkt hierzu die Gewerkschaftsstimme: „Zuerst hindert man die Kirche daran, ihre Grundsätze durchzuführen, und dann läßt man sie noch dafür aus, daß sie ihre Grundsätze nicht durchführen konnte. Fein, nicht wahr?“ — Wir fragen das Blatt: Wo, wann und von wem ist denn die Kirche jemals an der Durchführung ihrer Grundsätze seit den zwei Jahrtausenden des Bestehens der christlichen Lehre ernsthaft gehindert worden? Hat sie nicht jahrhundertlang alle Macht in sich vereinigt, geistliche und weltliche? Genießt sie nicht heute noch weitestgehenden Schutz gegen alle Angriffe? Die Ausrede ist oberflächlich. Die Kirche hat nie ehrlich gewollt, daß ihre Grundsätze zu Tatsachen werden.

Genau so oberflächlich ist, um aus der großen Anzahl der förmlich zur Widerlegung reizenden Punkte nur einige herauszugreifen, die Behauptung, „daß fast allen Kindern der Religionsstunde die liebste von allen Schulstunden sei, sogar Kindern von Genossen!“ Von 600 Kindern, die in Mecklenburg (!) ein Lehrer nach ihrem Lieblingsfach fragte, erklärten sich nur 17 (siebzehn!) für Religion, in einem anderen Falle, den W. Lohsen mitteilt (Vad. Psychologie), von 500 Kindern ganze 12. Und der schon erwähnte Pastor Kalthoff sagt: „Männer und Frauen der höchsten Bildung, wie solche aus den einfachsten Kreisen des Volkes stimmen darin überein, daß, wenn sie die Stunden nennen sollen, die ihnen aus ihrer Jugend als die verlorensten in der Erinnerung geblieben sind, sie die Religionsstunden nennen. So steht also die Sache!“

Weiter sagt die Gewerkschaftsstimme von den Geschichten des Alten Testaments: „Diese schönen Erzählungen, die unbestritten zum schönsten gehören, was die Weltliteratur überhaupt aufzuweisen hat, wagt dieser rohe Mensch abgemacht und brutal zu nennen. Selbst ungläubige Geister tasten den literarischen und poetischen Wert der Bibel nicht an, das ist dem Steinarbeiter vorbehalten.“ — Wir bleiben dabei, daß Geschichten wie die von Abraham, dem die teuflische Zumutung gestellt wird, sein Kind zu schlachten, von Hagar, die herzlos in die Wüste verstoßen wird, von Jakob, der trotz seiner Betrügereien von Gott als Erzbater ausermählt wird usw., nicht bloß abgemacht, sondern auch brutal und unmoralisch sind.

Einen besonderen Triumph glaubt die Gewerkschaftsstimme noch damit auszuspielen, daß sie am Schluß ihres Artikels auf die französische Revolution verweist, in der sich gezeigt habe, was die „Weltverbesserer“ an Stelle des Christentums setzen wollen. Dieser Schutz geht aber auf den Schützen zurück. Die „Weltverbesserer“ der französischen Revolution waren Angehörige des Bürgertums, nicht der „sozialdemokratischen“ Arbeiterschaft, sie hatten allesamt „christliche“ Erziehung genossen; daß sie so entsetzlicher Greuelthaten, wie sie die „Gewerkschaftsstimme“ von ihnen berichtet, fähig waren, beweist zur Evidenz, wie wenig die christliche Erziehung getaugt und wie sehr die Erziehung zur Sittlichkeit durch die Religion ihr Ziel verfehlt hat. Gerade die sittliche Verwilderung, die zur Charakterisierung der Verhältnisse im Revolutionszeitalter des „christlichen“ Bürgertums angeführt wird, beweist und bestätigt, was Ellen Key, Oberlehrer Dr. Streit, Pfarrer Bonus und Pastor Steudel erst in jüngster Zeit mit Nachdruck ausgesprochen haben: „Der Religionsunterricht ist das demoralisierendste Element in der ganzen Jugend-erziehung!“

Zum Schluß bemerken wir ausdrücklich, daß uns die Religion des Einzelnen durchaus gleichgültig ist und wir nicht im entferntesten daran denken, sie irgendwie zu bekämpfen, wie die „Gewerkschaftsstimme“ glauben machen will. Uns ist die Religion Privatsache in des Wortes uneingeschränktem Sinne. Wogegen wir uns wenden und zwar mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck, das ist die Verwendung der Religion zu einem Mittel der Knechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, und dazu gehört auch der zwangsweise Religionsunterricht in der Schule.

## Bum Bericht der Gewerbe-Inspektion in Elsaß-Lothringen für 1904.

### Unter-Elsaß.

Der Bericht ist sehr mager und trocken gehalten. Er ist nach Schema F gearbeitet, und der Leser muß sich zu den Zahlen das weitere denken. In der Einleitung stellt der Bericht fest, daß die Anerkennung der Tätigkeit der Gewerbeinspektion sich in befriedigender Weise ausbreitet; daher war das Amt mehrmals in der Lage, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermitteln.

Für die Steinarbeiter ist vom Interesse folgendes: Einen nennenswerten Anteil an der Vermehrung der Betriebe haben u. a. insbesondere auch die Steinbrüche und Steinhauereien, sowie die Baugewerbe, in welcher letzterem eine besonders rege Tätigkeit herrscht.

In Steinbrüchen und Steinhauereien wird noch häufig über die nach der Bekanntmachung vom 20. März 1902 (R.-G.-Bl. S. 78) höchstzulässige Arbeitszeit hinaus gearbeitet, und mehrmals wurde das Amt dieserhalb von den betroffenen Arbeitern schriftlich und mündlich um Hilfe angegangen. In zwei Fällen mußte Bestrafung veranlaßt werden. Die Strafbefehle lauteten auf 4 (!) und 15 Mk.

In einigen in besonders abgelegener Gegend befindlichen Sandsteinbrüchen wußten weder die Unternehmer, noch die Arbeiter etwas vom Bestehen der Bekanntmachung. Auf den entsprechenden Vorhalt wegen der Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Arbeitszeit — es wurde täglich 13 bis 14 Stunden gearbeitet — waren Arbeitgeber wie Arbeitnehmer höchst erstaunt und unwillig (!) darüber, daß man sie, die doch nur während der günstigen Jahreszeit etwas verdienen könnten, „in ihrem freien (!) Willen hemmenden und in ihrem Einkommen schmälern wollte.“

Hierzu sei bemerkt: Die Steinarbeiter im Steinbruchbetrieb

der Firma H. Holzmann u. Co. geschrieben auf einen Fragebogen ganz lakonisch: Beschäftigt 40 Mann, Arbeitszeit 10—13 Stunden. Und diese weltbekannte Firma, die auch hier ständig Geschäfte hat, kennt ganz bestimmt die Bundesratsverordnung. Auf Grund des § 9, Abs. 3 der Bekanntmachung bewilligte ein Kreisdirektor einem Schotterwerk Ueberarbeit bis zu zwei Stunden täglich für 90 Arbeiter auf 14 Tage. (2520 Stunden; der Tag zu 10 Stunden: 252 Tage.)

Ein anderer Antrag eines Besitzers großer Steinbrüche auf andauernde Ueberarbeitserlaubnis wurde natürlich abschlägig beschieden werden. Ausnahmebewilligung auf Grund des § 105 f. G.-D. wurde einem Steinbruchbesitzer erteilt, weil dringende Arbeiten wegen Mangels an Werkzeugen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten!

Die Zahl der Betriebe, der bewilligten Arbeitssonntage und Arbeitsstunden, sowie der an Sonntagen beschäftigten Arbeiter hat, wie der Vergleich mit der vorjährigen Tabelle ergibt, eine ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Betriebe haben sich von 6 auf 14, die Arbeitssonntage von 10 auf 47, die bewilligten Arbeitsstunden von 1690 auf 15 510, und die an Sonntagen beschäftigten Arbeiter von 95 auf 241 vermehrt. Für mehr als achtstündige Sonntagsarbeit wurden im Vorjahre 4, im Berichtsjahre 20 Bewilligungen gegeben.

Hier sind natürlich alle Betriebe inbegriffen. Aber die Arbeitgeber können doch zufrieden mit den betr. Behörden sein. Den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufende Arbeitszeiten waren in mehreren Arbeitsordnungen — namentlich in solchen für Steinbruchbetriebe — aufgenommen worden.

In einem Grauwackensteinbruch wurde ein Arbeiter von einem herabstürzenden schweren Felsblock erdrückt. In einem Steinbruche mußte die Verlegung des Verbrauchspulverlagers angeordnet werden, weil es in direkter Schußlinie zu den Arbeitsplätzen und Aufenthaltsräumen der Arbeiter angelegt war.

Der Abraum in Steinbrüchen sowie die Wände in Sandgruben werden noch häufig unterhöhlt. In einem Neubau sollte ein schwerer Gesteinsstein durch mehrere auf einem zur Erreichung der erforderlichen Höhe mit Backsteinen unterlegten Wochgerüste stehende Arbeiter von Hand umgesetzt werden. Dem dabei entstandenen Seitenstöße hielt ein Bod, dessen Beine paarweise nur mit je einer Diagonallatte besetzt waren, nicht stand, sondern klappte seitlich zusammen. Von den in die Tiefe stützenden Arbeitern erlitt ein Steinhauer einen schweren Beinbruch. Der wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagte Unternehmer wurde freigesprochen, weil ein städtischer Baubeamter als Gegengutachter aus sagte, das Gerüst (!) sei einem allgemein eingeführten Gebrauch entsprechend beschaffen gewesen. Schlimme Zustände bezüglich der Luftbeschaffenheit, welche ein Einschreiten erforderlich machten, betrafen auch eine Schleiferei, welche den von den Schmirgelsteinen entwickelten Staub nicht absaugte, in einem Schotterwerke, welches die stäubenden Steinbrecher und Siebwerke ohne Staubabsaugung betrieb.

Interessant ist folgendes: Auf die im vorjährigen Bericht mit näheren Ausführungen erwähnte Beschwerde eines Steinbrücheleiters über die ihm von dem Erlass der Bekanntmachung vom 20. März 1902, betr. den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (R.-G.-Bl. S. 78), bei Erteilung der Bauerlaubnis auf Grund des § 120 d. G.-D. gemachten und rechtskräftig gemordenen Auflagen, wonach die Steinhauerwerkstatt gegen die Unbilden der Witterung verschließbar und heizbar gemacht sowie mit Staubabsaugungs-einrichtungen versehen werden sollte, wonach ferner den Beschäftigten zur Wascheinrichtung auch Seife und Handtücher zur Verfügung gestellt werden sollten, hat das Ministerium unterm 28. Juli 1904 folgenden Bescheid ergehen lassen:

„Auf die Beschwerde vom 28. August v. J. erwidere ich ergebenst, daß die von Ihnen beantragten gemerbezeitlichen Vorschriften des Bauzeichens Va 1187/1215 vom 5. März 1902, wonach der Steinhauerwerkstatt in der kühlen Jahreszeit geschlossen, gut geheizt und mit ausreichenden, den Staub entfernenden Lüftungseinrichtungen versehen und den Steinhauern Seife und Handtücher im Waschraum zur Verfügung stehen, in gesetzlicher Weise erlassen und mangels eines fristgerechten Einspruchs rechtskräftig geworden sind, bevor die Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 20. März 1902 wirksam wurde. Eine beschränkende Einwirkung der Bestimmung dieser Bekanntmachung auf die Vorschriften des Bauzeichens ist hiernach ausgeschlossen. Die Absicht der Vorschriften geht auch über die Anforderungen nicht hinaus, welche im § 120 a der G.-D. zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit allgemein aufgestellt sind.“

Die auf die Bekämpfung der Erkältungs- und Staubgefahr gerichtete Vorschrift des Bauzeichens überschreitet aber die Grenze der Anforderungen, welche in der Bekanntmachung vom 20. März 1902 gezogen worden ist, um die Bekämpfung dieser Gefahren in allen Steinhauereien gleichmäßig zu regeln, und trägt, da seit dem 1. Oktober 1902 Anforderungen, welche das durch die Bekanntmachung festgesetzte Maß überschreiten würden, nicht mehr zulässig sind, dazu bei, daß die Verpflichtungen für Sie und Ihre Konkurrenten nicht gleich sind. Der Bürgermeister ist deshalb veranlaßt worden, den Absatz I der Ziffer 33 im Bauzeichen vom 5. März 1902 aus Billigkeitsgründen in Wegfall zu bringen.

Nach § 120 der G.-D. müssen in Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, ausreichende Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Gegen die Anordnung dieser Einrichtungen (Ziffer 32 des Bauzeichens) haben Sie keine Bedenken erhoben, vielmehr einen bestimmten Raum hergestellt und mit Wascheinrichtungen ausgestattet. Die Lieferung von Seife und Handtüchern für die Arbeiter auf Kosten der Firma bildet die Ergänzung zur Forderung eines Waschräume, da andernfalls die durch die Natur des Betriebes bedingte körperliche Reinigung der Arbeiter nicht genügend gewährleistet ist. Wenn ich gleichwohl davon abstehe, die bestimmte Forderung des Bauzeichens nach dieser Richtung hin aufrecht zu erhalten, miß vielmehr damit begnüge, die im gesundheitlichen Interesse der Arbeiter „erwünschte“ Leistung in die Form einer „Empfehlung“ zu kleiden, so geschieht dies, weil entsprechende Maßnahmen noch nicht in den Anlagen der Steinhauer usw. durchgeführt sind und es angemessen erscheint, daß die einzelnen Anlagen, so lange nicht allgemeine, dahin zielende Bestimmungen auf Grund von § 120 c der G.-D. erlassen sind, den Anforderungen einer vernünftigen Gesundheitspflege, deren Erfüllung ebenso in Ihrem eigenen Interesse wie dem Ihrer Arbeiter liegt, aus freiem (?) Antriebe nachkommen.

Eine entsprechend abgeänderte Bauerlaubnis wird Ihnen durch den Herrn Bezirkspräsidenten zugehen.“

Welch eine wohlwollende, gewundene Amtssprache einem Sägereidirektor gegenüber, um schon bestehende, vernünftige Vorschriften illusorisch zu machen.

Die Unterrichtsräume in den Steinbrüchen und Steinhauereien entsprechen noch häufig nicht den Vorschriften des § 1 der Bekanntmachung. Derselben sind meist für die Zahl der Beschäftigten zu klein und vielfach von so mangelhafter Beschaffenheit, daß sie gegen die Unbilden der Witterung nur geringen Schutz bilden. Sitzgelegenheit ist häufig nicht vorhanden, in einem Falle wurden 40 leere Bierfässer als solche bezeichnet. Aborte, deren Sitz nicht durch Zwischenwände und Türen voneinander abgetrennt waren, auf welchen infolgedessen der beschäftigte Arbeiter neben dem kaum aus der Schule entlassenen Lehrling seine Notdurft zu verrichten gezwungen war, wurden nicht selten angetroffen.

Wegen Nichtbeachtung der in den §§ 6 und 7 der Bekanntmachung gegebenen Vorschriften wurde ein Steinhauermeister mit 4 Mark, ein anderer mit 15 Mark bestraft. In einem Steinbruche schloßen je zwei Mann (Italiener) in einem schmalen, aus ungehobelten zusammengenanagelten Brettern und losen Strohhergestellten Lager

Zu bemerken ist noch, daß im Berichtsjahre für 21 Betriebe 28 Ausnahmebewilligungen bezüglich der Arbeitszeit für über 16 Jahre alte Arbeiterinnen erteilt wurden. Diese Bewilligungen ermöglichten 1822 Arbeiterinnen in 368 Tagen 35 964 1/2 Ueberstunden. Als Grund für die Ueberarbeit wurde in der Regel „außerordentliche Häufung der Arbeit“ angegeben. Guter Geschäftsgang und trotzdem schlechte Bezahlung. Mehr der größten Firmen traten auch dem Zentralverband für „Arbeiterwohlthätigkeits-einrichtungen“ bei. Ueberhaupt sind die Firmen, wo sogenannte Einrichtungen bestehen, hübsch veröffentlicht worden. Anklagen finden sie aber nicht bei allen Arbeitern.

Eine genaue Anzahl der Steinarbeiter kann nicht angegeben werden, da es Gruppe IV heißt: Industrie der Steine und Erden. Ausgenommen sind davon Ziegeleien und Glashütten.

Auf Unterelsaß entfallen 482 Betriebe. Diese beschäftigten insgesamt 3337 Personen. Weibliche 18. Von 14—16 Jahren 2; von 16—21 Jahren 7; über 21 Jahre 9. Männliche 3319. Von 14—16 Jahren 111; erwachsene 3208. Revidiert wurden 124 Betriebe mit 1977 beschäftigten Personen. 1895 männliche Erwachsene; 78 von 14—16 Jahren; 4 weibliche Erwachsene. Revidiert wurden diese Betriebe 177mal, 15mal an Sonn- und Festtagen; 131 Betriebe einmal, 17 zweimal, 3 drei- oder mehrere Male. Unfalluntersuchungen 8.

Zu widerhandlungen wurden in drei Betrieben ermittelt, betr. jugendlicher Arbeiter; 1 Fall Lohnzahlungsücher; 3 Anzeigen, Verzeichnisse, Anzeigen. Zwei Fälle, Dauer der Beschäftigung von jungen Leuten, Anzahl 12; Pausen 1 Fall 11 Personen. Einem Betrieb wurde Sonntagsarbeit genehmigt für 4 Mann 40 Stunden einmal.

## Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitags in Sena.

Wir veröffentlichen hier die im Parteitag erwähnten Resolutionen:

### Resolution zum Punkt: Politischer Massenstreik

(angenommen gegen 14 Stimmen):

1. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen, erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Inbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie das selbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.), und selbst die Verschlechterung bestehender rüchständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlräuberereien durch eine herrschgerige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeinewahlverschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Waden, Sachsen, Sachsen-Meinigen) und Orten (Kiel, Dresden, Fürth, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiter ist

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volks, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag

die umfassendste Anwendung der Massen-Arbeits-einstellung. Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staats und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes Klassenbewusste Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

2. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die, in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

### Resolution zur Maifeier, welche einstimmig angenommen wurde:

Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassen-demonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

H. Fischer.